Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsende, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. April 1931

Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Umsturz in Afghanistan?

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD. Dschiddah, im April (Eig.Bericht)

Als Entschädigung für den schlechten finanziellen Ausfall der diesjährigen Pilgersaison sind Mekka und Medina im letzten Augenblick zu einer kleinen Sensation gekommen. Kurz vor Toresschluss ist Exkönig Ammanullah von Afghanistan auf der Wallfahrt nach den Heiligen Stätten des Islam hier eingetroffen. Als Beweis, dass es sich bei der Reise um Wichtigeres handelt als lediglich um die Erfüllung frommer Pflichten, ist die Tatsache festzustellen, dass der Vertreter des gegenwärtigen afghanischen Machthabers, Nadir Khan, in Ägypten in auffälliger Eile gleichfalls auf der Bildfläche erschienen ist.

Der Grund für das Spiel und Gegenspiel ist unschwer festzustellen. Zwischen dem landflüchtigen Herrscher und einer Reihe von angesehenen afghanischen Persönlichkeiten, die gleichfalls nach Arabien gekommen sind, ist die Frage diskutiert worden, ob seine Rückkehr in das angestammte Reich möglich ist und welche Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen sind. Der Gesandte Afghanistans in Ägypten hat von seinem Souverän den strikten Auftrag erhalten, die Bewegung zu Gunsten Ammanullahs im Keime zu ersticken. Es scheint jedoch, als ob die Dinge schon zu weit gediehen sind und die Gegenrevolution bereits im Gange ist. Nach Informationen von gut unterrichteter Seite wird Ammanullah in Kürze in Begleitung von einer Schar seiner Getreuen an den Grenzen Afghanistans erscheinen, um seinen Parteigängern das Signal zur Schilderhebung zu geben. Neben dieser politischen Mission ist mit der Mekkareise Ammanullahs ein propagandistischer Zweck verbunden. Er will seinen in religiöser Beziehung sehr strenggläubigen Landeskindern zeigen, dass die von seinen Gegnern verbreiteten Gerüchte über seine Bekehrung zum Christentum unwahr sind und er auch in Europa ein getreuer Anhänger der Lehren des Propheten geblieben ist. Ohne diesen Wahrheitsbeweis wäre an seine Rückkehr auf den väterlichen Thron überhaupt nicht zu denken.

Die Chancen für einen Erfolg Ammanullahs sind keineswegs gering. Nadir Khan, der sich als angeblicher Platzhalter seines zur Flucht genötigten Vetters heimlich still und leise selbst auf den Thron geschoben hat, geniesst im Lande nicht das geringste Vertrauen. Er hält sich lediglich im Bezirk von Kabul mit Hilfe vonbewaffneten Söldnerbanden, während ausserhalb seines Machtbereichs alles Drunter und Drüber geht. Die Gouverneure der wichtigsten Provinzen haben sich selbständig gemacht. Alle Versuche, die Autorität der Zentralgewalt wieder herzustellen sind vergeblich geblieben. Neben seiner Grausamkeit und seinen dauernden Bemühungen, den Staatssäckel durch Steuern und Konfiskationen zu füllen, ist seine Englandfreundlichkeit der Hauptgrund seiner Unpopularität. Man wirft ihm vor, dass er die strategisch wichtigen Provinzen Afghanistans an der indischen Nord-Westgrenze auf Grund eines Geheimabkommens, das die Sicherung seiner Herrschaft garantiert, an die anglo-indische Verwaltung ausgeliefert hat. Eine von den Freunden der afghanischen Unabhängigkeit eingeleitete Bewegung

gegen die Zerstückelung des Landes ist von Nadir Khan in Blut erstickt worden. Nach Mitteilungen aus Kabul führt er von der Zitadelle her ein fürchterliches Schreckensregiment und der leiseste Verdacht der Opposition gegen den britischen Einffuss oder gar der Begünstigung Ammanullahs genügt zur standrechtlichen Exekution durch seine Garden oder am Galgenohne jedes ordentliche Gerichts verfahren. Eine grosse Anzahl in Europa ausgebildeter, aufgeklärter junger Afghanen hat in den letzten Monaten lediglich aus diesen Gründen ihr Leben eingebüsst.

Unter diesen Umständen hat sich die Stimmung in Afghanistan stark geändert und die Rückkehr des vertriebenen Herrschers würde wenigstens von der städtischen Bevölkerung mit Genugtuung begrüsst werden. Ob sich auch die kriegerischen Bergstämme für ihn erklären werden, ist nicht ohne weiteres zu bejahen, denn sie stehen geistig völlig unter dem Einfluss ihrer fanatischen Mullahs, die den Exkönig wegen seiner reformfreundlichen Einstellung noch weiter wütend hassen.

Mit dem Wiedererscheinen Amanullahs auf heimatlichem Boden ist eine Bewegung zu erwarten, die nicht ohne Einfluss auf die gesamte asiatische Politik bleiben wird. Aus eigner Kraft kann er sich ebenso wenig wie ein anderer Prätendent auf den Thron des Landes schwingen, das inmitten der innerasiatischen Interessensphäre Englands und Russlands liegt. Sein blosses Auftauchen wird seine Untertanen auch nicht mitreissen. Dazu gehören Waffen und vor allem Geld. Ammanullah ist daher genötigt, sich nach auswärtigen Bundesgenossen umzusehen. Da Nadir Khan der Schildhalter Englands ist, bleiben ihm zwei offizielle Wege. Als erster ein Bündnis mit Russland, das gern zur Unterstützung bereit sein wird, weil Moskau keine Gelegenheit vorübergehen lässt, um die englische Position zu schwächen. Diesen Schritt wird sich Ammanullah auf Grund seiner Erfahrungen sehr reiflich überlegen. Man weiss im Orient den Wert der russischen Hilfe sehr wohl einzuschätzen und fürchtet die nachher präsentierte Rechnung noch mehr als den englischen Druck. Als zweites kommt die Anrufung der nachbarlichen Unterstützung der Türkei und Persiens in Frage. Die Neigung beider Länder zur Einmischung in die afghanischen Angelegenheiten ist nach der Haltung Ammanzllahs bei den letzten Wirren sehr gering. Bei Riza Khan Pehlewi wie bei Mustapha Kemal gilt Ammanullah als eine schwankende Gestalt, der ohne bestimmten Kurs von einer Seite zur andern pendelt und im Augenblick der Entscheidung versagt.

Als dritte und wahrscheinlichste Möglichkeit bleibt der Weg über das Abenteuer. Es heisst, dass europäische und asiatische Persönlichkeiten in der Hoffnung auf das Gelingen eines solchen Planes bereit sind, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um sich nachher durch Konzessionen in Afghanistan schadlos zu halten. Jedenfalls rücken die Putschabsichten Amanullahs die Gefahr von innerasiatischen Komplikationen in greifbare Nähe, denn bei der augenblicklichen politischen Konstellation in Asien bleibt es bei der besonderen geographischen Stellung Afghanistans völlig ausgeschlossen, dass innere politische Verwicklungen auf das Land lokalisiert werden können.

SPD. Im Preussischen Landtag ist folgende Kleine Anfrage des Abg. Kuttner (Soz) eingegangen :

"Eine höchst seltsame Druckschrift wird zurzeit im Gebiet des Freistaates Preussen bei Behörden, Gerichten, Parlamentariern usw. verbreitet. Das 21 Druckseiten umfassende Heft trägt den Titel: "Denkschrift des Vorstandes des Richtervereins beim Reichsgericht zu der geplanten Umgestaltung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich. Leipzig, im März 1931". Hiernach müsste man annehmen, dass es sich um eine vom Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht herausgegebene Schrift handele. Dies kann jedoch nicht der Fall sein; denn die genannte Druckschrift enthält weder Namen noch Wohnort des Druckers;

es fehlt ferner in ihr die Angabe des Verlegers. Mithin stellt diese Druckschrift einen eklatanten, strafbaren Verstoss gegen § 6 des Reichspressgesetzes dar. Selbstverständlich kann nicht angenommen werden, dass Mitglieder des höchsten deutschen Gerichts etwa aus Mangel an Rechtskenntnis eine strafbare Handlung begangen haben, die gegenüber jedem rechtsunkundigen Laien empfindlich geahndet wird. Noch weniger zulässig erscheint die Annahme, dass Mitglieder des höchsten Gerichts gar aus Vorsatz gegen das Pressgesetz gefehlt hätten. Mithin bleibt nur die Möglichkeit, dass hier von unbekannten, gänzlich rechtsunkundigen Persönlichkeiten Name und Amtsbezeichnung von Mitgliedern des Reichsgerichts missbraucht worden sind, um unter der Autorität des höchsten deutschen Gerichtshofs eine Denkschrift sehr anfechtbaren Inhalts zu veröffentlichen. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, diesen Missbrauch der Amtsbezeichnung von Mitgliedern des Reichsgerichts aufzuklären und gegen die Urheber dieses Missbrauchs, namentlich auch wegen Verstosses gegen das Reichspressgesetz in geeigneter Weise einzuschreiten?"

SPD. München, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei und die Wirtschaftspartei in Bayern haben beschlossen, gegen das Anfang März beschlossene neue bayerische Landeswahlgesetz beim Staatsgerichtshof zu klagen. Die Klage richtet sich gegen die Bestimmungen über die Splitterparteien, durch die schon in der Fassung des alten Wahlgesetzes verhindert wurde, dass die Staatspartei und die Wirtschaftspartei trotz ihrer je 100 000 Stimmen einen Abgeordneten erhielten. Die Bestimmungen sind im neuen Wahlgesetz allerdings etwas gemildert worden.

SPD. Paris, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die jüngste Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther vor der Generalversammlung der Reichsbank wird in Paris allgemein als die Ankündigung für einen Antrag auf Revision des Young-Planes betrachtet und dementsprechend kommentiert.

Ein nationalistisches Blatt erklärt, die von Deutschland im Laufe der letzten zehn Jahre angewandte Methode sei immer dieselbe: es protestiere, schreie und seufze und erlange dadurch am Ende immer etwas. Die "Liberté" widmet der Rede gleich zwei Artikel. In dem einen wird festgestellt, dass ein Antrag auf Revision des Young-Planes niemand überraschen werde. Denn seit der Ernennung Brünings zum Reichskanzler sei man schon darauf vorbereitet. Ein solcher Antrag würde, so führt das Blatt weiter aus, zunächst die Wirkung haben, dass der zweiteTeil der Young-Obligationen, die den von Deutschland ohne jede Bedingung zu leistenden Jahreszahlungen entsprechen, nicht zur Zeichnung aufgelegt wird. Eine Vorbedingung für die Revision des Young-Planes sei natürlich die Revision der interalliierten Schuldenabkommen, da die unter gewissen Bedingungen von Deutschland zu leistenden Young-Planzahlungen zur Begleichung der interalliierten Schulden gegenüber Amerika dienten. Es sei aber noch fraglich, ob sich Amerika auf eine solche Revision einlassen werde.

Das "Journal des Débats" fasst dagegen die Rede als Aufforderung an Frankreich auf, Deutschland Kredite zu gewähren und bringt damit das deutsch-österreichische Zollabkommen in Zusammenhang. Das Blatt schreibt dazu, wenn man Deutschland Kredite verschaffe und sogar noch seine Reparationszahlungen herabsetzen sollte, würde es sich doch weiterhin auf den Anschluss vorbereiten.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erörterte am Donnerstag die politische Lage. Er nahm zunächst einen eingehenden Bericht über die Unterredung der Fraktionsvertreter mit dem Reichskanzler Dr. Brüning entgegen.

Im Vordergrund der Aussprache standen die Brotpreiserhöhung und die von der Regierung geplanten Massnahmen zur Senkung der Brotpreise, sowie die ausser dem beabsichtigten Zollerhöhungen für Hafer, Speck und Schmalz. Dabei wurden starke Zweifel geäussert, ob die von der Regierung geplanten Massnahmen zur Senkung der Brotpreise sich auch wirksam erweisen würden. Da die Regierung durch das Zollermächtigungsgesetz vom 28.März verpflichtet ist, einer Steigerung der Brotpreise über den Stand im letzten Halbjahr hinaus vorzubeugen, so muss verlangt werden, dass nicht nur weitere Brotpreissteigerungen verhindert, sondern die auch in den letzten Wochen eingetretenen Erhöhungen der Brotpreise rückgängig gemacht werden. Wenn nicht in kurzer Frist eine solche Auswirkung der Regierungsmassnahmen auf den Brotpreis erzielt wird, so wird die sozialdemokratische Fraktion weitere Schritte unternehmen, um die Regierung zur Ausführung der gesetzlichen Verpflichtungen zu veranlassen.

Im übrigen äusserte der Vorstand stärkste Bedenken gegen einen etwaigen Versuch, durch eine einseitige Finanzpolitik notwendige soziale Einrichtungen und Leistungen einzuschränken. Eine endgültige Stellung zu dem Programm der Regierung kann erst erfolgen, wenn die Massnahmen des Kabinetts deutlicher erkennbar seien. Dann erst kann auch eine Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Notwendigkeit einer etwaigen Einberufung des Reichstags gefällt werden.

\+ + +

Der Ältestenrat des Reichstags wird voraussichtlich Anfang nächster Woche zu der Frage einer Zwischentagung des Reichstags Stellung nehmen. Die Sitzung wird Vizepräsident v. Kardorff leiten, da sich Reichstagspräsident Löbe wegen seines Gallenleidens einer Kur unterziehen muss.

SPD. Madrid, 30.April (Eig.Drahtb.)

In Madrid ist eine neue Partei oder wenigstens eine parteiähnliche Organisation der Rechten gegründet worden, deren Hauptzweck Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung ist. Die Gründer der Organisation, die sich "Nationale Aktion" nennt, nehmen für sich den Titel "Elemente der Ordnung" in Anspruch. Wie in Deutschland die Rechte Anspruch darauf erhebt, allein als "national" zu gelten und alle innerpolitischen Gegner zu Feinden der Nation stempeln, möchte, so nimmt die spanische Rechte den Titel für sich in Anspruch, alleinige Hüterin der Ordnung zu sein. Alles, was links von ihr steht, wird als Förderer der Unordnung im weitesten Sinne bezeichnet.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Von den 26 368 215 Stimmberechtigten in Preussen haben sich nach den vorläufigen und unverbindlichen Mitteilungen der Behörden 5 950 929 Stimmberechtigte in die Listen zum Volksbegehren "Landtagsauflösung" eingetragen. Das endgültige und amtliche Ergebnis kann erst festgestellt werden, wenn die Eintragungslisten, die sich jetzt noch in den Händen des Trägers des Volksbegehrens, des Stahlhelm, befinden, dem Landeswahlausschuss zugeleitet und nachgeprüft sind.

SPD. Dem Berliner Nazi-Führer Goebbels, der am Sonntag in Wien in einer öffentlichen Versammlung reden sollte, wurde durch die österreichischen Polizeibehörden die Einreise verweigert.

SPD. Braunschweig, 30.April (Eig.Dr.)

Kurz vor Toresschluss gelang es der reaktionären Mehrheit des braunschweigischen Landtags, den 1.Mai seines bisherigen Charakters als gesetzlichen Feiertag zu entkleiden. Eine dahinzielende Gesetzesvorlage wurde am Donnerstag nachmittag nach stürmischer Debatte, bei der sich die Nazis als geschworene Arbeiterfeinde zeigten, mit knapper Mehrheit angenommen. Das Gesetz wurde sofort verkündet.

SPD. London, 30.April (Eig.Drahtb.)

Der "Daily Herald" veröffentlicht eine Botschaft MacDonalds, in der er der englischen Arbeiterschaft zur diesjährigen Mai-Feier seine herzlichen Grüsse sendet.

"Der Grundgedanke unseres Mai-Tages - so sagt MacDonald - ist die Einigkeit in unseren eigenen Reihen und die Solidarität zu den Völkern und Rassen der Erde. Nur dadurch allein können wir die uns gestellte Aufgabe lösen. Niemals war die Einigkeit notwendiger denn heute. Das System der planlosen kapitalistischen Wirtschaft hat einen solchen Sturm auf allen Meeren erzeugt, dass unser Schiff in Gefahr ist zu zerschellen. Die Aufgabe der Arbeiterpartei ist es, unser Volk sicher durch die Gefahren hindurchzusteuern und zu sorgen, dass wir für zukünftige Fahrten besser ausgerüstet sind. Unsere Arbeit verlangt die Einigkeit der Arbeiterbewegung und ihre geschlossene Kraft."

SPD. Das Archiv für Volksbildung hat neuerdings die Initiative zu einem Unternehmen ergriffen, das geeignet ist, einen engeren Zusammenschluss der gesamten Erwachsenenbildung zu fördern.

Wie in dem neuesten Heft der "Arbeit" mitgeteilt wird, beabsichtigt das Archiv die Herausgabe eines Handbuches "Die deutsche Erwachsenenbildung", das einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der von öffentlichen Stellen und privaten Körperschaften betriebenen Erwachsenenbildung sowohl in problematischer als auch in organisatorischer Hinsicht geben soll. Mit dieser authentischen Materiallieferung geht das Archiv über den Rahmen seiner bisherigen Veröffentlichungen, die im wesentlichen registrierende Arbeiten waren, hinaus. Es war darum verständlich, wenn es von vornherein die Organisationen der Erwachsenenbildung und die Gewerkschaften an den Vorarbeiten beteiligten, die jetzt als abgeschlossen gelten können. Für die Beiträge ist die Form der Selbstdarstellung gewählt worden, nur wo eine Materialbelieferung durch einen Verband nicht in Frage kommt, erfolgt eine authentische Darstellung durch einen Sachkenner. Es war vorerst Neigung vorhanden, die Gliederung nach Sachgebieten vorzunehmen. Der Vorteil der Sachdarstellung, die alle auf dem betreffenden Gebiete geleistete Arbeit in geschlossener Darstellung vereinigt, besteht - besonders für den nichtfachmännischen Leser - in einer guten Orientierung. Die Gliederung nach Organisationen gibt diesen ausschliesslich die Möglichkeit einer deutlichen und klaren Darstellung ihres Wesens und ihrer Arbeit, sie ist auch praktisch ohne Schwierigkeiten durchführbar. Das Archiv übernimmt die redaktionellen Arbeiten in Verbindung mit einer Redaktionskommission, der Ministerialrat Becker, Regierungsrat Engelhardt, seitens des Archivs Mirgeler und

Böttcher, seitens der Organisationen je ein Vertreter der evangelischen (Prof. Hinderer), der katholischen (Direktor Marschall), der sozialistischen (Stein), der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (Hessler), des Reichsverbandes deutscher Volkshochschulen (Dr.Mann) und der Deutschen Schule (Laack) angehören.

SPD. Riga, 30.April (Eig.Drahtb.)

Das Erdbeben in Kaukasien hat bisher 536 Todesopfer gefordert. Man rechnet mit einer Gesamtzahl von annähernd 600 Opfern.

SPD. Rio de Janeiro, 30.April (Eig.Dr.)

In der brasilianischen Stadt Nictheroy, der Hauptstadt des Staates Rio de Janeiro explodierte am Donnerstag eine zum Marineamt gehörende chemische Versuchsanstalt. 29 Arbeiter wurden getötet, 97 teils schwer teils leicht verletzt.

SPD. London, 30.April (Eig.Drahtb.)

Im Hause des Ministerpräsidenten fand am Donnerstag eine Besprechung zwischen der Regierung und den Führern des Bergarbeiterverbandes statt. Die Bergarbeiter verlangen ein Gesetz, das ihnen den Reallohn von 1914 gewährt, bezw. einen wöchentlichen Minimallohn bestehend aus 40 Mark und 50 Mark als Entgelt für Akkordarbeit. Der gegenwärtige Durchschnittslohn der englischen Bergarbeiter liegt 17 bis 27 Prozent unter dem Reallohn von 1914.

Am Schluss der von den Bergarbeitern als befriedigend bezeichneten Aussprache wurde ein Ausschuss gebildet, der sich aus Mitgliedern der Regierung und Bergarbeiterführern zusammensetzt. Dieses Komitee soll die Fragen weiter beraten.

SPD. Es ist den deutschen Nationalisten im Verein mit den reaktionär-feudalen Diplomaten des Auswärtigen Amtes glücklich gelungen, die Kandidatur des Schriftstellers Alvarez del Vayo als erster Botschafter der spanischen Republik in Berlin zu torpedieren. Del Vayo ist ein guter Kenner Deutschlands, ein hervorragender Kopf, ein warmherziger Verteidiger der deutschen Republik. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland hätte sich aufrichtig darüber freuen müssen, dass ein solcher Mann als Bindeglied zwischen unserem Staat und der spanischen Republik ausersehen war. Aber da er Sozialist ist, ist seine Ernennung auf eine geradezu schmutzige Weise hintertrieben worden: man hat in der erzreaktionären "Deutschen Allgemeinen Zeitung" eine Notiz erscheinen lassen, in der del Vayo beschuldigt wurde, seinerzeit als Journalist "deutschfeindliche" Berichte von Berlin aus geschrieben zu haben. Kein wahres Wort daran - aber das genügte, um in Madrid unter der Hand Bedenken gegen del Vayo im voraus anzumelden, gestützt auf "Widerstände in der öffentlichen Meinung Deutschland", d.h. in Wirklichkeit nur auf die bestellte Arbeit in der faschistenfreundlichen "D.A.Z.".

Die spanische Regierung hätte es darauf ankommen lassen können, dass die Reichsregierung das Agrement für del Vayo offiziell verweigere. Das hätte das Auswärtige Amt wohl kaum gewagt, da inzwischen in der deutschen sozialdemokratischen und demokratischen Presse die Notiz der "D.A.Z." als eine Verleumdung gebrandmarkt worden war. Aus begreiflichen Gründen, weil sie eben ihre Beziehungen zu Deutschland nicht mit einem Konflikt einleiten wollte, hat sie das Agrement für del Vayo gar nicht erst nachgesucht, sondern ihm den für Spa-

nieh vielleicht noch wichtigeren Botschafterposten in Buenos-Aires reserviert.

Dass man in Spanien über diese erfolgreichen Quertreibereien der deutschen Reaktion ausserordentlich verstimmt ist, ist durchaus zu verstehen. Nach der sinnlosen Hinauszögerung der Anerkennung des neuen Regimes durch die Wilhelmstrasse, konnte man gegenüber der spanischen Republik nur noch einen Fehler in so kurzer Zeit begehen, nämlich in der Botschafterfrage: die reaktionär-nationalistischen Kreise haben prompt dafür gesorgt, dass dieser Fehler begangen wurde.

Nun kommt aber das Tollste: anstelle des hinterrücks erdolchten del Vayo hat die spanische Regierung, wie ihr Aussenminister Lerroux angekündigt hat, das Agrement für den Professor Castro nachgesucht. Ein ziemlich unbekannter Mann, der zeitweilig Vorlesungen an der Berliner Universität gehalten hat. Im Auswärtigen Amt atmete man triumphierend auf: nun war die Kandidatur del Vayos endgültig erledigt, es würde kein verruchter Sozialdemokrat einen Botschafterposten in Berlin bekleiden, die Herren der Rechtspresse würden zufrieden sein. Der neue Mann würde als ein politisch unbeschriebenes Blatt nirgends Anstoss erregen. Jetzt stellt sich aber heraus, dass dieser Professor Castro gar nicht so unbeschrieben ist, wie man es dachte: er war ein Führer der während des Krieges in Spanien gegründeten antideutschen Liga! Man hat die Kandidatur des Deutschenfreundes del Vayo glücklich abgewürgt und bekommt dafür einen ehemaligen Vorkämpfer der Deutschfeindlichkeit!

Im Auswärtigen Amt soll man über diese Enthüllung förmlich bestürzt sein. Man erwägt, einen neuen Schritt unter der Hand in Madrid, um diese tödliche Blamage für die reaktionäre deutsche Diplomatie abzuwenden. Aber man traut sich nicht recht, weil man fürchtet, dass der spanischen Regierung jetzt der Geduldsfaden abreisst. Wahrlich eine Glanzleistung reaktionärer Hinterlist und Tapsigkeit!

SPD. Madrid, 30.April (Eig.Drahtb.)

Der unter der Monarchie wegen seiner republikanischen Gesinnung wiederholt verfolgte Hauptmann Miranda hat seine Entlassung aus dem Heeresdienst nachgesucht. Sein Schritt soll ein offener Protest dagegen sein, dass die neue Regierung sich der Mitarbeit vieler Generäle und Obersten bedient, die bis zum Sturz der Monarchie entschiedene Monarchisten waren und nach der Flucht des Königs plötzlich ihr republikanisches Herz entdeckt haben.

SPD. Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts sind beendet. Sie haben, wie die Reichsregierung mitteilt, folgendes Ergebnis gehabt:

"Der Zoll für lebende Schweine wird, zunächst mit Wirkung bis 1.November 1931, auf 40 RM für den dz festgesetzt. Für die Folgezeit bleibt die Entschliessung des Kabinetts vorbehalten. Sie wird sich nach der weiteren Entwicklung des Schweinemarktes zu richten haben. Diese Erhöhung des Zolles für lebende Schweine geht in der Linie der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Danach war eine Zollerhöhung davon abhängig gemacht, dass der Richtpreis von 70 RM unterschritten wurde. Diese Voraussetzung ist durch das Abgleiten der Schweinepreise auf etwa 45 RM gegeben. Der Fleischzoll ist im bisherigen Verhältnis zum Viehzoll festgesetzt worden. Für Hafer wird der Zoll auf 16 RM für den dz erhöht. Für den für die landwirtschaftliche Produktionsumstellung unentbehrlichen Leguminosenbau sind die erforderlichen Zollerhöhungen vorgenommen, und zwar für Speiseerbsen auf 20 RM, für Futtererbsen und Bohnen auf 8 RM, für ungereinigte Linsen auf 6 RM und für gereinigte auf 8 RM. Für Futterbohnen, Lupinen und Wicken wird der Zoll auf 5 RM bemessen. Für Gänse tritt in der Zeit vom 16.Oktober bis 31.März eine Erhöhung des Zolles auf 2,10 RM für das Stück oder 36 RM für den dz ein. Die Zwischenzölle für Speck und Schmalz werden auf-

gehoben; der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Massnahme wird noch bestimmt werden."

Die Regierung will die Zolerhöhungen durch denHinweis rechtfertigen, die Veredelungswirtschaft in denmittleren und kleineren bäuerlichen Betrieben zu fördern. Die Veredelungswirtschaft sei die Grundlage dieser Betriebe und auch die Existenzgrundlage der Landarbeiter. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass eine Reihe der vorgesehenen Zollerhöhungen die gewünschte Wirkung nicht haben kann und wird. Der Landwirtschaft wird damit nicht gedient. Dagegen wird den breiten Massen die Lebenshaltung verteuert. Das gilt besonders für den Zoll auf die Einfuhr von Hülsenfrüchten. Deutschland hängt hier, z.B. für Linsen, ganz von der Belieferung aus dem Ausland ab. Eine Zollerhöhung im gewünschten Ausmass muss zu einer Preisverteuerung führen.

Dem gegenüber kann die Reichsregierung nur darauf verweisen, dass der Reichsernährungsminister "von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen soll, um einer dem Verbraucherschutz nach dem Gesetz vom 28.März 1931 widersprechenden Preisentwicklung vorzubeugen. Der Minister werde Sorge tragen, dass die Länderregierungen darüber wachen, dass die Handelsspanne auch in den Gemeinden gesenkt werde, in denen im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine Senkung der Handelsspanne noch nicht in ausreichendem Masse erfolgt ist." Weiter werde alles geschehen, um eine ungerechtfertigte Heraufsetzung des Brotpreises zu verhindern oder rückgängig zu machen. Es sei "eine Reihe von Massnahmen eingeleitet, die es ermöglichen werden, auf den Mehlpreis so einzuwirken, dass er eine sichere Grundlage für die entsprechende Berechnung des Brotpreises bieten wird." Auch sei vorgesehen, die Bestimmungen des Brotgesetzes aufzuheben, "durch welche die Bewegungsfreiheit des Mühlen- und Bäckereigewerbes zum Nachteil der Brotpreisverbilligung eingeengt wird. Die Lage des Getreidemarktes biete nunmehr die Möglichkeit hierzu."

Die Regierung hat, wie ihre Ausführungen beweisen, die gesetzliche Verpflichtung anerkannt, eine Verbilligung des Brotpreises bezw. die Rückführung der erhöhten Preise auf den vorigen Stand herbeizuführen. Das hätte man am besten durch eine gründliche Ermässigung der Getreidezölle erreicht. Die Regierung glaubt auf anderen Wegen zum Ziel zu kommen. Viel Hoffnung, dass hier positive Erfolge erzielt werden, haben wir nicht. Gleichwohl muss man der Regierung eine Schonfrist zugestehen, um ihre Massnahmen durchzuführen. Unsere weitere Stellungnahme wird sich nach dem Erfolg dieser Massnahmen richten.

SPD. Essen, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die Metallarbeiterverbände haben am Donnerstag in Essen in gemeinsamer Sitzung ihre Gegenforderungen für die Änderung des Rahmentarifs der Gruppe Nordwest formuliert. Sie verlangen, dass wieder die Bezirksleitungen der Verbände als Tarifkontrahent auftreten und nicht - wie seit dem Oeynhausener Schiedsspruch - die Vorstande, ferner: bei der Festsetzung der Arbeitsverhältnisse Heranziehung der Vertretungen aller in der Metallindustrie beschäftigten Berufsgruppen und Anerkennung der Tarife der Berufsgruppen, die in Werken der Nordwestgruppe beschäftigt sind. Die wichtigste Forderung der Gewerkschaften lautet: alle Regelungen über Löhne, Akkord und Prämien werden aus dem Rahmentarifvertrag herausgenommen; bis zum Ablauf des Lohntarifs bleiben die bisherigen Bestimmungen noch in Kraft. Bei Ablehnung dieses Verlangens durch die Arbeitgeber werden dem Schlichter dazu noch ins einzelne gehende Forderungen überreicht.

In der Urlaubsfrage wird verlangt, dass für jeden Urlaubstag der volle Tagesverdienst der betreffenden Berufs-, Werks- und Altersgruppe bezahlt wird. Kurzarbeit und Feierschichten bleiben dabei unberücksichtigt. Den Lehrlingen sollen die Pflichtstunden der Fortbildungsschule bezahlt werden. Bei Arbeitsstreckung oder Uebergang zu anderer Arbeitsweise soll der alte Lohn noch

8 Tage weiterbestehen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband wird am Sonntag auf einer Kundgebung in Essen zu der Kündigung des Rahmentarifes und zur Lage Stellung nehmen.

SPD. Im Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags gab Reichskommissar Dr. Baade am Donnerstag einen Ueberblick über die Stützungsperiode im vorigen Jahre.

Während der ersten Stützungsperiode von Januar bis März wäre - so führte Baade aus - nur am Effektivmarkt aufgekauft worden; im Herbst habe man sich dann entschlossen, auch am Terminmarkt zu stützen. Es wurden im September 172 000 Tonnen für Dezemberlieferung und 160 000 Tonnen für Märzlieferung aufgekauft und zwar zu Preisen, die gegenüber den Septemberpreisen einen angemessenen Aufschlag enthielten. Dadurch wären zahlreiche private Händler ermuntert worden, grosse Mengen Roggen zu späterer Lieferung anzubieten. Auch die Landwirtschaft habe davon einen direkten Nutzen gehabt, da sie das Getreide, das sie andernfalls aus Geldmangel im September hätte auf den Markt werfen müssen, bei ihren Genossenschaften lombardieren und das lombardierte Getreide zur Märzlieferung verkaufen konnte. Da der Handel der Auffassung war, die Stützung könne nicht aufrecht erhalten werden, sei vielfach von ihm Roggen zu späterer Lieferung angeboten worden, den er gar nicht hatte. Von 400 000 Tonnen Roggen, die bis zum 17.September 1930, wo die Stützung vorläufig eingestellt wurde, auf Termin verkauft waren, dürften höchstens 250 000 Tonnen im Besitz der Verkäufer gewesen sein. 150 000 Tonnen wären ohne Deckung verkauft worden.

Die von Baade erwähnten Blankoverkäufe wurden von den Vertretern des Handels bestritten. Der Sachverständige der landwirtschaftlichen Genosenschaften sagte jedoch aus, dass während der kritischen Tage ihm völlig unbekannte Händler an der Börse grosse Mengen Roggen verkauft hätten. Man könne also annehmen, dass zwar nicht der legitime Handel die Stützungsstelle angefixt habe; jedoch hätten das Elemente, die sich sonst nicht mit dem Roggenhandel beschäftigen, zum Schaden der staatlichen Stützungsstelle getan.

Auf den Einwurf des deutschnationalen Abgeordneten Stubbendorf, weshalb die Stützungsstelle nicht die Dezember- und Märzlieferungen in Berlin hätte andienen lassen, wurde festgestellt, dass das wirtschaftlicher Unfug gewesen wäre. Man hätte tatsächlich in diesem Fall Roggen durch das Reich spazieren gefahren.

Im weiteren Verlauf der Sitzung holte der private Handel zu einem langvorbereiteten Schlag aus. Der Vertreter des Handels, der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Freybe fragte, ob nicht ungeheure Mengen des Stützungsroggens verdorben seien. Darauf erfolgte die Feststellung, dass bei der ganzen Stützungsaktion nur ein Schaden von 20 000 Mark eingetreten sei und zwar aus einer Wertverringerung des gelagerten Roggens. Bei einer Lagerung von 800 000 Tonnen sei das ein geringer Verlust und unvermeidbar. Er wäre auch eingetreten, wenn der private Handel den Roggen eingelagert hätte.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Kommunistenspekulation mit Arbeitslosen.

SPD. In bayerischen Provinzzeitungen erschien in diesen Tagen eines jener üblichen Inserate, in denen auf die Arbeitslosen spekuliert wird. Das Inserat lautete :

"Heimbeschäftigung. Mädchen und Herren sofort gesucht, leichte Arbeiten. Das Material stellen wir kostenlos und ohne Sicherheit. Die fertige Arbeit nehmen wir selbst ab. Anfragen an...."

Die Arbeitslosen, die sich auf dies Inserat hin meldeten - und es waren nicht wenige -, wurden zuhächst aufgefordert, 2,50 Mark für "erkzeug einzusenden. Die Firma hatte ja zwar kostenlose Materiallieferung, aber nicht kostenlose Werkzeuglieferung angekündigt. Für diese 2,50 Mark erhielten die Einsender eine einfache Vorrichtung zum Bemalen von Ziertaschentüchern, und zwar sollten die Taschentücher mit dem Sowjetstern und der geballten Faust von Rotfront bemalt werden. Die Firma stellte die Taschentücher und zahlte für jedes so bemalte Taschentuch 8 - 10 Pfennige. Daneben zahlte sie aber für die Angabe von Name von Kommunisten oder von solchen, die es werden wollten, für jeden Namen 5 Pfg. extra. Selbstverständlich übernahm die Firma keinerlei Verpflichtung, laufende Aufträge zu geben, sie gab sie nur dahin, wo ihr Namen von Kommunisten mitgeteilt wurden. Alles in allem liegt hier eine Verquickung von kommunistischer Werbearbeit und Geschäft vor, die auf die Arbeitslosigkeit und das Streben der Arbeitslosen spekuliert, sich um jeden Preis Arbeit und Verdienst zu beschaffen Dafür dürfen die Einsender auch noch extra 2,50 Mark für Werkzeug bezahlen.

Woraus hervorgeht, dass die Kommunisten sich der schofelsten Methoden für ihre Werbezwecke bedienen, die sonst im Geschäftsleben überhaupt bekannt sind. Verdient wird von den Einsendern dabei natürlich so gut wie gar nichts - der Gewinn auf der anderen Seite besteht ausser in dem risikolosen Geschäft in der Ausbreitung der kommunistischen Propaganda. Alles in allem eine traurige Spekulation auf die Not!

Der notleidende Auwi.

Der Hohenzollernsprössling Prinz Auwi, der in Königsberg Bekanntschaft mit dem Gummiknüppel der preussischen Polizei gemacht hat und seitdem an seinem Namen Prinz Auwi ein Ei hintendran erhalten hat, reist nach wie vor als Wanderredner für Hitler. In Zwickau, wo er kürzlich eine Gastrolle gab, erzählte er den Spiessbürgern, er sei durch die Revolution genau so verarmt wie der deutsche Arbeiter.

Armer Prinz Auwei! Nächstens wird er um Erwerbslosenuntersützung einkommen und sich in der grossen Stempelfabrik ein paar dürftige Groschenabholen, damit er sich kärglich von Kartoffeln und Brot ernähren kann. Man wird ihm um Gotteswillenein paar alte zerrissene Stiefel und einen abgetragenen Anzug schenken müssen, weil er nicht mehr in der Lage ist, sich standesgemäss zu kleiden.

Die deutsche Revolution ist wirklich grausam gewesen! Die Millionen, die der Herr von Doorn von der Deutschen Republik erhalten hat, haben natürlich weder für ihn noch für die Herren Nachkömmlinge zugereicht, sodass sie betteln gehen müssen.

Es ist gar nicht auszudenken, wie gross die Not bei Prinz Auwei sein würde wenn seinerzeit die entschädigungslose Enteignung der Exfürsten durchgegangen wäre. Da seht Ihrs, Ihr erwerbslosen Arbeiter, den Hohenzollern geht es noch schlechter!

Hakenkreuzhohn für Arbeitslose.

Die Hakenkreuzler von Hamburg betreiben eine systematische niedrige Hetze gegen die Produktion, den Konsumverein der Hamburger Arbeiterschaft. Sie werfen in Verkaufsstellen die Fensterscheiben ein, beschmieren ihre Häuser mit Hakenkreuzen, verkleben die Schaufenster mit Hetzplakaten und bedenken die Angestellten mit Droh- und Schmutzbriefen, natürlich anonym. Die Sparkasse der "Produktion" hatte ein Werbeplakat ausgehängt mit folgendem Vers, der aus einem Preisausschreiben unter Schulkindern hervorgegangen war:

Heut' spar ich in der "Produktion"
Noch von des Vaters Wochenlohn.
Wenn ich erst selbst verdienen kann,
Leg' ich mein ganzes Geld dort an.

Hakenkreuzhände haben das Plakat in folgender Weise umgeändert :

Heut' spar ich in der "Produktion"
Noch von des Vaters Stempellohn.
Wenn ich erst selber stempeln kann,
Leg' ich mein ganzes Geld dort an.

Da hat sich die wahre Gesinnung der Burschen vom Hakenkreuz restlos enthüllt! Hass gegen die Einrichtungen, die die organisierte Arbeiterschaft sich geschaffen hat, blutiger Hohn gegen die Erwerbslosen, die Opfer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie sind und bleiben die Kettenhunde des Besitzbürgertums.

Vom ungeistigen Hakenkreuz.

Wer in Deutschland geistig und schöpferisch etwas bedeutet, wer einen geachteten Namen führt und nicht zum Speichellecker Hitlers werden will, der wird sicherlich von den Hakenkreuzlern und deren Gesinnungsgenossen beschimpft, beschmutzt und gehetzt. So ging es dem Schöpfer des Deutschen Museums in München, von Miller, so soll es jetzt dem weltbekannten Heidelberger Literarprofessor Gundolf gehen. Gundolf hat das Verbrechen begangen, dass er nicht restlos als Dekan der Heidelberger Universität an der Hetze gegen Gumbel teilgenommen hat. Einer seiner Kollegen an der Universität, der es mit den Hakenkreuzlern hält, unterstellt ihm nun gehässig, dass er eine Intrige zugunsten Gumbels gespielt habe. Der Zweck der Unterstellung ist, ihn den Angriffen der Nationalsozialiste auszusetzen.

Gundolf ist an sich unpolitisch, seine Anschauungen und Gefühle ziehen ihn viel eher nach rechts als nach links. Da er jedoch nicht einen Kotau vor dem Hakenkreuz gemacht hat, muss er gehetzt werden. Es wird nicht lange dauern, so werden wir im "Völkischen Beobachter" Angriffe auf Herrn Gundolf finden, so wie sie seinerzeit gegen von Miller geführt wurden.

Diese Methode hat auch ihre guten Seiten. Sie zeigt, dass die um Hitler Wert darauf legen, sich von der deutschen Kultur zu distanzieren.

Hakenkreuzkulturpropaganda im Ausland.

In Buenos Aires hat sich ein Grüppchen von Auslandsdeutschen zusammengefunden, die einen Hakenkreuzklub gegründet haben. Sie haben sofort begonnen, sich nach dem Vorbild der Hitlerjünger in Deutschland zu betätigen. Das demokratisch eingestellte argentinische "Tagblatt" erhält seitdem die widerwärtigsten Schimpf- und Drohbriefe. In einem dieser Briefe heisst es: "In vier Wochen wenn nicht früher, kriegst Du Judenlümmel deine Fresse vollgehauen, merke dir das, Dies sagen dir fünf Nazis. Bald wird deine Bude brennen." Auf diese Weise wird man im Ausland sehr rasch erkennen, dass deutsche Kultur und Hakenkreuzkultur zwei sehr verschiedene Dinge sind!

Aus aller Welt

Wie sie lügen.

Düstere Geheimnisse im Berliner Eden=Palast=Prozess.

SPD. Der Prozess gegen die Nazis vom Eden=Palast geht seinem Ende entgegen. Der interessanteste Tag im Verlauf dieses Riesenprozesses, in dem Dutzende und Aberdutzende von Zeugen vernommen wurden, war wohl der Donnerstag, an dem der Nazi=Sturmführer Hahn, ein junger rotblonder Mensch, der sich gewandt und mit wirklichem Raffinement verteidigt, als Zeuge vernommen wurde. Hahn ist im ganzen Charlottenburger Viertel berüchtigt. Zahllose Ueberfälle schreibt man, zu Recht oder zu Unrecht bleibe dahingestellt, auf sein Konto. Zurzeit steht Hahn unter der Anklage des versuchten Totschlags an dem Arbeiter Riemenschneider, befindet sich jedoch nach mehrwöchentlicher Untersuchungshaft wieder in Freiheit. Auch diesen Hahn fällt gleichzeitig der dringende Verdacht, der spiritus rector des Mordanschlags auf die Tanzgäste des Eden=Palastes gewesen zu sein; mehrere Zeugen wollen ihn übrigens erkannt haben.

Der "Rote Opel"

Hahn, der unter Eid aussagt, bestreitet, auch das Geringste mit dem Ueberfall zu tun zu haben, er will an dem fraglichen Abend nicht im Sturmlokal in der Hebbelstrasse, sondern zu Hause gewesen sein. Mehrere Zeugen haben bekundet, dass der Naziführer in einem roten Opelwagen kurz vor und nach dem Anschlag auf den Tanzpalast unterwegs gewesen sei und anscheinend Nazikrieger von der "Feldstellung" an "die Front" befördert habe. Hahn will von diesem roten Opel absolut nichts wissen, muss sich aber doch schliesslich auf sehr ernste Vorhaltungen des Vorsitzenden hin dazu entschliessen, seine Aussagen vorsichtiger zu formulieren, und meint schliesslich gedehnt: "Es ist immerhin möglich, dass ich einmal in einem roten Opel gefahren bin". Der Verteidiger des Nebenklägers springt nurmehr auf und erklärt, dass er 20 Zeugen herbeischaffen werde, die die Ausführungen des Nazifunktionärs Lügen strafen würden. Weiterhin macht er sich anheischig, die Nummer des ominösen Opel festzustellen. Als der Staatsanwalt und der Nebenkläger Hahn nach der Bewaffnung der Berliner Stürme und vor allem nach der des Sturms 33 fragen, mimt der Zeuge den Entrüsteten und betont sehr laut, dass die SA jederzeit unbewaffnet sei und noch niemals Ueberfallpatrouillen irgend welcher Art ausgeschickt habe. "Kein SA=Mann trägt eine Waffe", erklärt Hahn emphatisch. "Ausser Ihnen wohl", meint der Verteidiger ironisch und weist auf den beschlagnahmten Browning Hahns hin, der auf dem Gerichtstisch liegt.

Wer ist der Mörder?

Zu einem dramatischen Zwischenfall kommt es, als der Nebenkläger den Zeugen Hahn fragt, ob er Mitglied der NSDAP sei. Der Zeuge Hahn wird sichtlich nervös und verweigert die Aussage. R.-A. Becker beanstandet die Frage, während Hahn aufgeregt hin und her rutscht und schliesslich dem Nebenkläger zuruft: "Ich weiss nicht, was diese Frage mit dem Prozessthema zu tun hat". Worauf unter grosser Bewegung im Saal der Nebenkläger mit erhobener Stimme fragt: "Ist Ihnen bekannt, dass es in Berlin einen nationalsozialistischen Sturmführer gibt, der gern zu Stennes gehen möchte, es aber nicht wagt und wider Willen bei Hitler bleiben muss, weil er befürchtet, dass im Falle seines Uebergehens zu den "Rebellen zwei Parteinazis damit auspacken würden, dass er der Mörder des erschossenen Arbeiters Grünberg wäre?" Aufs höchste beunruhigt bittet Hahn den Vorsitzenden, ihn zu entlassen, da er dringend geschäftlich verreisen müsse. Sollte das eine Antwort auf die sensationelle Frage des Nebenklägers sein?

Eine Braut erzählt Märchen...

Der Wirt des Nazilokals in der Hebbelstrasse, ein gewisser Reiseck, selber Nationalsozialist, drückt sich sehr gewunden aus und versucht häufig auszuweichen, immerhin kann er es trotzdem nicht vermeiden, die Angeklagten mehrfach zu belasten. So bekundet er, dass Stief und Berlich um die Zeit des Ueberfalls zur Tür gegangen seien. Herr Reiseck vermutet allerdings, wobei man seine Kombinationsgabe bewundern muss, dass Stief und Berlich nicht zum Sturm auf den Eden-Palast abmarschierten, sondern hübsch brav und sittsam nach Hause gegangen sind. Recht amüsant ist übrigens auch die von Herrn Reiseck ausgeplauderte Tatsache, dass der Angeklagte Rolf Wesemann selbst in den eigenen Reihen mit dem bezeichnenden Spitznamen "Strolch" bedacht wurde. Die Braut des Liebscher, ein Fräulein Weimann, hält das Gericht offenbar für so naiv, dass sie ihm das Tollste zumuten zu können glaubt. Ihre Märchen, die sie den staunenden Richtern mit unerschütterlicher Ruhe vorträgt, erregen immer wieder allgemeine Heiterkeit. So behauptet sie, vor dem Sturmlokal in der Hebbelstrasse einen ihr gänzlich unbekannten Mann angesprochen und nach Liebscher gefragt zu haben. "War dieser Mann den Nationalsozialist?" sagt Landgerichtsdirektor Ohnesorge befremdet. "Das weiss ich nicht", erwidert die Zeugin, "Und Sie wollen uns weis machen, dass Sie einen wildfremden Mann, von dem Sie gar nicht wissen, ob er Liebscher kennt, nach Ihrem Bräutigam fragen?! Das ist doch wirklich sinnlos". Worauf die allzu tüchtige Braut nichts zu erwidern weiss. Als sie schliesslich die Stirn hat, zu erklären, dass sie mit Liebscher über die Tat kein Wort gewechselt habe, hält man allseits diese völlig fruchtlose Vernehmung für beendet. Es wäre ein Unglück für die Zeugin, wenn sie vereidigt würde.

Das Nazi-Standquartier.

Uebrigens sind die Nazizeugen im Schwindeln gross. So tritt als angeblich neutraler und unpolitischer Zeuge ein Mann namens Mermer auf, der versucht, den Entlastungszeugen zu spielen, was ihm jedoch nicht gelingt. Denn der Nebenkläger kann nachweisen, dass dieser Zeuge in einem der sogenannten "Standnachtquartiere" der NSDAP geschlafen hat, ein Beweis dafür, dass er den Nazis zum mindesten sehr nahe stand. Es ist kaum anzunehmen, dass die SA Fremde so grosszügig in ihre Internas blicken lässt. Höchst seltsamerweise können die nationalsozialistischen Zeugen über das betreffende Standquartier, eine Wohnung am Tegeler Weg 7, in dem jede Nacht eine wechselnde Belegschaft von 10 bis 25 SA-Leuten einquartiert sein soll, nichts aussagen. Sie tun sämtlich so, als ob ihnen die Existenz dieses Lokals, in dem übrigens die Helden vom Sturm Hebbelstrasse keine seltenen Gäste sind, völlig unbekannt sei, obwohl man ihnen nachweisen kann, dass sie selbst Parteifreunde zu dem Quartier am Tegeler Weg begleitet haben. Es steht sehr schlecht um die Sache der Nazischützen vom Eden-Palast!

\+ + +

Elli Beinhorn zurückgekehrt. Am Donnerstag Nachmittag kehrte die 23jährige Elli Beinhorn von ihrem Afrikaflug nach Berlin zurück. Auf dem Tempelhofer Feld hatten sich viele Schaulustige eingefunden. Die Fliegerin wurde von dem Reichsverkehrsminister und dem Reichstagspräsidenten Loebe sowie Vertretern der Stadt Berlin zu ihrem Erfolg herzlich beglückwünscht.

\+ + +

700 Erdbebentote. Die Zahl der Opfer des transkaukasischen Erdbebens, dessen Zentrum in Sangesur (Armenien) lag, hat sich auf 700 Tote erhöht. Etwa 20 000 Menschen haben durch das Unglück ihr Obdach verloren.

\+ + +

Gefängnisurteil gegen Goebbels. Der Berliner Naziführer Goebbels wurde vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen achtfacher Beleidigung von Amtspersonen zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Von der gleichfalls zur Verhandlung stehenden Anklage der Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft wurde Goebbels freigesprochen. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf ein Jahr Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

\+ + +

Furchtbarer Freitod. In der Clinton Strafanstalt in Plattsburgh in Amerika verübte ein Gefangener auf geradezu grausame Weise Selbstmord, um dem lebenslänglichen Zuchthaus zu entgehen. Er brachte sich mit einem Taschenmesser Stichwunden in den Unterleib bei und durchschnitt dann seine Pulsadern.

+ + +

Leuchtturmschein auf 13 Meilen. Der Herefird Inlet=Leuchtturm an der Küste von New Jersey (USA) hat seine Leuchtstärke auf 1 100 000 Kerzen erhöht, sodass dieser Leuchtturm jetzt das stärkste Lichtsignal an der atlantischen Küste verbreitet. Der Turm steht bei Kap May am Zugang zur Delaware=Bucht und schickt seine Signale auf 13 Meilen erkennbar ins Meer hinaus. Die Lichtquelle ist elektrisch.

+ + +

Tragödie eines Vaters. Ueber den Tod seines einzigen Sohnes verfiel ein Landwirt Jan Golas in Grablin in Polen dem Trübsinn. Der Unglückliche versuchte sich mit einem Rasiermesser den Hals zu durchschneiden. Als er durch seine Frau in diesem Vorhaben gestört wurde, lief Golas in den Hof und brachte sich eine Wunde mit einer Axt am Kopfe bei. Der besinnungslose Mann wurde von einem Arzt verbunden. Gegen Abend, als seine Frau mit dem Melken der Kühe beschäftigt war, schleppte sich der Kranke mit grossen Mühen zum Dorfteich und ertränkte sich.

+ + +

Vergeltung. In Brescia (Ober=Italien) verübte ein Mechaniker am Eingangstor zum Friedhof ein Revolverattentat auf seine Braut. Nach der Tat ergriff er die Flucht, rutschte aber auf den Gleisen der Strassenbahn aus und fiel zu Boden. Dabei löste sich ein Schuss aus seinem ungesicherten Revolver und traf den Mörder tödlich in den Kopf.

+ + +

Raketenstart. Am Donnerstag nachmittag um sechs Uhr startete auf dem Flugplatz Berlin=Tempelhof erstmalig der nach Ideen des Chemikers Dr. Heylandt von Oberingenieur Pietsch konstruierte Raketenwagen, der äusserlich einem grossen Rennauto gleicht. Der Antrieb geschieht durch Verbrennung von gewöhnlichem Autobetriebsstoff in Verbindung mit Sauerstoff. Allerdings ist der Betriebsstoff in dieser Form vorläufig noch sehr teuer. Indes genügt der Tempelhofer Versuch, bei dem der Heylandt'sche Raketenwagen im 80 Kilometer=Tempo wiederholt den Flugplatz umkreiste, zum Beweise der Verwendungsfähigkeit flüssiger Treibmittel für Raketenfahrzeuge.

+ + +

Hegel=Kongress. Aus Anlass von Hegels hundertstem Todestag findet im Oktober in Berlin ein Hegel=Kongress statt. Im Lauf des Sommers werden wichtige zum Teil bisher unveröffentlichte Arbeiten erscheinen.

+ + +

Ende einer Armentragödie. Das Aachener Schwurgericht verurteilte den arbeitslosen Bergmann Chimanski, der in einem Anfall von Verzweiflung seine Frau und fünf seiner sechs Kinder mit dem Rasiermesser tötete, zu zehn Jahren Gefängnis. Aufgrund der Beweisaufnahme hatte der Staatsanwalt die Anklage auf Mord in Totschlagsanklage umgewandelt. Das Gericht kam zu der Auffassung, dass die Verschuldung und das Elend der Familie des Angeklagten, der nach Begehung seines Verbrechens auch selbst aus dem Leben scheiden wollte, das Motiv der entsetzlichen Tat bildete.

+ + +

Offiziere als Kriegsschieber. In Bukarest haben sich eine Reihe höherer Offiziere, darunter ein General, vor Gericht zu verantworten. Die Anklage wirft ihnen vor, dass sie sich zum Schaden des Staates um etwa 16 Milliarden Lei bereichert haben. Sie sollen zugunsten ihrer eigenen Tasche einen grossen Ausverkauf von allen möglichen neuem und altem Kriegsmaterial vorgenommen haben,

Gewerkschaftliche Rundschau

Was geht vor?

Neue Bedrohung der Arbeitslosenunterstützung.

SPD. Gefahr ist im Verzug. Eine sehr ernste Gefahr für die Arbeitslosen. Die Arbeitgeber versuchen mit Macht die Regierung auf eine Linie zu drängen, die schnurstracks zu Arbeitslosenrevolten führen muss. Ohne Bedenken verlangen sie für den Fall, dass die Reichsanstalt aus den Beiträgen nicht mehr genügend Geld hereinbekommt, den Arbeitslosenschutz einfach versacken zu lassen. Ohne jedes Verständnis für die Not der Arbeitslosen machen sie den Vorschlag, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung kurzerhand von der Finanzlage der Reichsanstalt abhängig zu machen, d.h. die Unterstützungssätze eben einfach zu kürzen, wenn die Einnahmen der Reichsanstalt zurückgehen. Das Schlimme ist, dass diese ungeheuerlichen Pläne bei den massgebenden Stellen infolge der Finanzschwierigkeiten des Reiches keineswegs von vornherein auf entschiedene Ablehnung stossen. Im Gegenteil: es scheint, als ob die Arbeitgeber bereits in der Reichsanstalt selbst bei ihrem Vorstoss zur Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung bedenklich an Terrain gewonnen.

Ein gefährliches Spiel wird hier gespielt. Dem Vorstand der Reichsanstalt will man das Recht in die Hand geben, von sich aus die Unterstützungssätze je nach der Finanzlage der Anstalt festzusetzen? Eine Eisenbartkur? Vom Standpunkt der Finanzen aus fürchterlich einfach, vom menschlichen Standpunkt aus fürchterlich grausam. Will man wirklich einfach das Schicksal der Arbeitslosen davon abhängig machen, ob durch die Beiträge genügend Geld einkommt? Und wenn nicht genügend Geld einkommt? Dann - meinen die "Reformer" - müssen die Arbeitslosen eben sehen, wo sie bleiben. Wenn sich nur manche Leute nicht irren! Zweifellos rechnet man bei der Regierung damit, dass infolge des Lohnabbaus, infolge der Kurzarbeit und infolge der schwachen Aussichten auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage die Einnahme der Reichsanstalt hinter den Voranschlägen und bisherigen Erwartungen zurückbleibt. Würde man nicht damit rechnen, dann brauchte man sich ja nicht mit solch geradezu gemeingefährlichen Unterstützungsexperimenten zu befreunden.

Ein sauberes Plänchen! Nach aussen hat es nach der Meinung der Arbeitgeber auch noch den Vorzug, als eine Art Fortschritt zu erscheinen. Die Arbeitgeber empfehlen es zur Erweiterung der Selbstverwaltung der Reichsanstalt. Die Reichsanstalt selbst soll die Unterstützungshöhe, die Voraussetzung für den Unterstützungsbezug, die Bestimmung des Versichertenkreises usw. festsetzen. Die Reichsanstalt soll machen können, was sie will. Nur naive Gemüter können auf solchen Leim kriechen. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes: Die Regierung will aus der Feuerlinie heraus. Sie hat ja zu diesem Zweck bereits die Arbeitslosenversicherung von dem Reichsrat abgehängt. Für Eventualitäten wird ein Sündenbock gesucht. Und die Rolle des Sündenbocks soll die Reichsanstalt spielen: hat sie kein Geld, dann hat sie eben keines und soll die Unterstützung senken.

Das Ganze mutet an wie ein Stück aus einem Tollhaus. Die Sicherung der Existenz der Arbeitslosen, d.h. die Regelung der Unterstützungssätze ist nicht Sache der Reichsanstalt, sondern Sache der Gesetzgebung. Die Reichsanstalt ist kein Gesetzgeber. Sie hat nur Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Gesetzgebung zu erledigen, sonst nichts. Nicht die Reichsanstalt hat über das Schicksal der Arbeitslosen zu befinden, sondern die Volksvertretung, d.h. Reichstag und

Reichsregierung. Sie sind verantwortlich. Sie haben dafür gerade zu stehen, was aus dem Arbeitslosenschutz wird, nicht der Vorstand der Reichsanstalt. Das Reich hat nach wie vor die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung zu garantieren. Wenn infolge einer verfehlten Lohn- und Wirtschaftspolitik jetzt nicht mehr genügend Beiträge eingehen, so kann man dafür doch unmöglich nun ausgerechnet die Arbeitslosen büssen lassen. Den Lohnabbau haben doch nicht die Arbeitslosen zu verantworten. Die Stellen, die für eine verfehlte Lohn- und Wirtschaftspolitik die Verantwortung zu tragen haben, müssen jetzt nun auch sehen, wo sie das Geld hernehmen, um die Ausfälle bei den Einnahmen der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Einfach hergehen und erklären: Du Arbeitslosenversicherung, sieh zu, wie du zurecht kommst und hast du kein Geld, dann kürze eben die Unterstützungssätze; ich wasche meine Hände in Unschuld, mich geht dein Defizit nichts mehr an - so etwas würde an Frivolität grenzen. Eine Regierung, die sich etwas Derartiges leisten wollte, wäre wirklich von allen guten Geistern verlassen.

Wir warnen aufs eindringlichste. Was da manche Leute vorhaben, ist heller Wahnsinn. Man stelle sich vor: der Arbeitsmarkt belebt sich nicht, die Kurzarbeit nimmt zu, der Lohnabbau geht weiter, die allgemeine Not in den Arbeiterfamilien steigt - und da will man dann sozusagen von Monat zu Monat, d.h. je schlechter die Finanzlage der Reichsanstalt gegen den Winter zu wird, die Arbeitslosenunterstützung abbauen? Wie solche Pläne an verantwortlichen Stellen ernst genommen werden können, ist uns unbegreiflich. Da haben nun vor nicht allzu langer Zeit selbst verschiedene Mitglieder der Regierung mit grossen Worten auf die Grosstat hingewiesen, die das Durchhalten des Arbeitslosenschutzes während des letzten Winters bedeutete, und nun auf einmal soll Vabanque gespielt werden?

Die Arbeiter und Angestellten müssen gegenüber diesem neuen Anschlag auf den Arbeitslosenschutz wie ein Mann zusammenstehen und eine geschlossene Front des Widerstandes aufrichten. Arbeiter und Angestellte, seid einig! Der Arbeitslosenschutz ist bedroht. Nur durch Geschlossenheit, Disziplin und Zusammenhalt unter der Führung der Gewerkschaften kann der Anschlag abgewehrt werden.

SPD. Die Arbeitszeitverkürzung ist so notwendig wie das tägliche Brot. Auch in Arbeitgeberkreisen sieht man das allmählich ein. Was tut aber der Reichsarbeitsminister? Er bestärkt noch die Unbelehrbaren im Arbeitgeberlager in ihrem Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung. So hat er trotz einmütigen Protestes der Vertreter der Metallarbeiterverbände einen Schiedsspruch für die Metallindustrie des Sauerlandes (Westfalen) für verbindlich erklärt, der die "regelmässige wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden" festsetzt, den einzelnen Arbeitgebern jedoch das Recht zuerkennt, eine Mehrarbeit "bis zu 104 Stunden im Jahr" anzuordnen.

Man muss beachten, dass es sich in der Hauptsache um kleine und mittlere Betriebe der Metallindustrie handelt. Es bestehen z.B. in Lüdenscheidt allein 416 und in Iserlohn 562 solcher Betriebe. Eine Kontrolle darüber, ob die im Schiedsspruch vorgesehene Anordnung des Arbeitgebers sich als notwendig erweist, ist also einfach unmöglich. Zu bedenken ist ferner, dass, wenn auch nach dem Schiedsspruch, die Mehrarbeit nicht mehr als 2 Stunden täglich betragen darf, trotzdem eine wöchentliche 60-stündige Arbeitszeit für ungefähr 9 Wochen möglich ist. Auch hat der Spruch die bisherige Arbeitszeitregelung für wechselschichtige Betriebe nicht geändert, so dass für die Arbeiter solcher Betriebe eine 56-stündige wöchentliche Arbeitszeit möglich wird. Aus diesen Gründen wurde das Arbeitsministerium dringend ersucht, die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs abzulehnen.

Wenn der Reichsarbeitsminister trotzdem dem Unternehmerantrag stattgegeben

hat, dann bestärkt das aufs neue die in den Gewerkschaften vorherrschende Auffassung, dass der Vorschlag der Braunskommission zur Arbeitszeitverkürzung nichts anderes als eine schöne Deklamation darstellt; denn die Unternehmer werden sich jetzt auf diese Verbindlichkeitserklärung berufen, um den Nachweis zu führen, dass auch der Arbeitsminister gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sei.

SPD. In der Gütersloh-Versmolder Fleischwarenindustrie ist es zu einem offenen Arbeitskonflikt gekommen. Der in ihr massgebende bezirkliche Arbeitgeberverband, bekannt unter dem Namen "Gütersloher Fleischwaren-Industrie", kennt nur ein Ziel: niedrigste Löhne und schärfste Ausnutzung der Arbeitskraft. Obwohl gegenüber dem Reich im Tarifgebiet Gütersloh-Versmold die Stundenlöhne bis zu 30 Pfennig niedriger liegen, verstiegen sich die Arbeitgeber zu der Forderung auf Abbau der Löhne um ein Viertel. Eine ungeheuerliche Forderung, denn nirgends steht der Lohnanteil so niedrig wie in der Fleischwarenindustrie. Er schwankt - nach den Angaben der Arbeitgeber - um 4%. Die Bevölkerung hat also von einem Lohnabbau in der Fleischwarenindustrie keinerlei Preisabbau zu erwarten. Er bedeutet lediglich eine Steigerung des Arbeitgebergewinns.

In den Verhandlungen war eine Einigung nicht zu erzielen. Es kam zu einem Spruch durch den Schlichtungsausschuss, der einen Lohnabbau um 6% vorsieht. Die Arbeitgeber beschlossen jedoch, die Löhne selbstherrlich auf dem Wege des Diktats um 6% zu kürzen. Als Antwort darauf beschloss die Arbeiterschaft in den Betrieben Menzefricke, Nölke u.Co.A.G. und Wiltmann in den Streik zu treten. Die Arbeit wurde geschlossen niedergelegt. -

Die Versmolder und Gütersloher Fleischwarenindustrie will sich allem Anschein nach auf diese Weise bei der Arbeiterschaft empfehlen.

SPD. Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn finden am 9. und 10. Mai statt. Die Reichsbahn ist das grösste Unternehmen der Welt. Ihren Betriebsrätewahlen kommt daher besondere Bedeutung zu. Angesichts der ungeheuren Anstrengungen der Kommunisten werden diese Wahlen ganz besonders ein Gradmesser für die gewerkschaftliche Reife der Eisenbahner sein.

SPD. Das zweite Teilgutachten der Braunskommission wird wahrscheinlich erst Ende der nächsten Woche veröffentlicht werden. Die redaktionelle Arbeit ist so gut wie abgeschlossen. Sensationelle Ergebnisse wird dieses zweite Teilgutachten nicht bringen. Das Schwergewicht der Arbeit der Braunskommission wird, wie sich jetzt immer deutlicher zeigt, nicht in seinen Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung, sondern in denen zur Arbeitslosenunterstützung liegen.

SPD. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in Laaland und Falster (Dänemark) haben am Donnerstag 2 000 Landarbeiter ausgesperrt, die im Zuckerrübenbau tätig sind. Die Gutsbesitzer wollten Lohnkürzungen diktieren, Infolgedessen kam es zum Konflikt.

Wirtschaft Technik Handel

Nicht erfüllte Erwartungen.

Die Lage in den Rohstoffindustrien hat sich verschlechtert.- Platinpreis gleich Goldpreis.

SPD. Gegen Ende des Winters 1930/31 hatte man den Eindruck, dass die grosse, etwa dreiviertel Jahr anhaltende Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten zuende gehe und sich ein neues, wenn auch nur vorläufiges Gleichgewicht herausbilde. Dafür schienen in einzelnen Fällen festere Märkte (Wolle) zu sprechen. Diese Auffassung ist durch die Entwicklung in den letzten Wochen nicht gerechtfertigt worden. Dabei ist schliesslich weniger wichtig, dass die Preise einzelner Rohstoffe (Gummi!) stark weiter gefallen sind. Ausschlaggebend ist wohl die Tatsache, dass an allen Märkten die Stimmung wieder gedrückt ist und die Umsätze auf ein sehr bescheidenes Mass zusammengeschrumpft sind.

Der Getreidemarkt macht davon eine Ausnahme; aber bei diesen Belebungen handelt es sich an sich um eine Ausnahme, die dadurch hervorgerufen ist, dass die europäischen Getreidezuschussländer, die monatelang nicht gekauft haben, mit dem zuende gehenden Getreidejahr gezwungen sind, sich in grösserem Masse einzudecken. Für die Entwicklung der Märkte will die bessere Situation an den Getreidemärkten nichts besagen.

Charakteristischer erscheint die Entwicklung an den Metallmärkten. Hier hat die Kupferkartellierung (Internationales Kupferkartell) immerhin die psychologische Wirkung gehabt, dass man allenthalben glaubt, die Dinge mit Kartellmassnahmen werfen zu können. Beim Zinn hat man sich kürzlich mit Regierungshilfe über eine internationale Produktionsdrosselung geeinigt, beim Blei steht eine solche Einigung angeblich bevor und auch beim Zink wird wieder einmal verhandelt. Trotz aller krampfhaften Versuche, die Stimmung zu beeinflussen, ist diese aber gedrückt geblieben, selbst auf dem Kupfermarkt, wo eine neue Preisermässigung in Kraft getreten ist und das Kupferkartell sich gezwungen sah, einen grösseren Posten Kupfer aufzukaufen, den die Lohnhütten unter Kartellpreis auf den Markt brachten. Beim Zinn verstimmte noch besonders die Beobachtung, dass in einzelnen Ländern die geplanten Produktionsdrosselungen doch auf starke Widerstände stossen und dass die Gegner der Drosselungsmassnahmen anfangen, sich zusammen zu tun, und mit Gegenorganisation drohen.

Zu erwähnen ist weiter die Tatsache, dass Platin jetzt etwa auf den Goldpreis zurückgegangen ist, während in den letzten Jahren vor dem Krieg Platin etwa drei bis vier mal so viel als Gold kostete. In den letzten Jahren war der Preisunterschied zwischen Gold und Platin zeitweise noch grösser als vor dem Krieg.

Während die Nachrichten über die europäischen Eisenmärkte günstiger lauten, lassen die amerikanischen Eisenmärkte ein neues Nachlassen der Unternehmungslust erkennen. Die amerikanischen Werke arbeiten gegenwärtig nur mit etwa 50 % ihrer Leistungsfähigkeit, während sie in den besten Wochen des verflossenen Spätwinters immerhin auf 57 bis 58 % gekommen waren.

Das angeregteste Bild zeigten in den letzten Wochen die Textilrohstoffmärkte, insbesondere der Wollmarkt. Aber die grösseren Preissteigerungen während der letzten Zeit haben zu einem gewissen Rückschlag geführt, der bei Baumwolle sogar noch etwa stärker ausfiel, obgleich dort die vorangegangenen

Erholungen viel kleiner gewesen waren. Besonders soll die Ausfuhrnachfrage in den europäischen Textilbezirken wieder stark nachgelassen haben. Auch in Amerika hat die Winterbelebung der Inlandsnachfrage nicht vorgehalten. Wenn in Deutschland die einzelnen Verbände in der Textilindustrie mit Preiserhöhungen liebäugeln, ist es ratsam, dass man sich durch das schnelle Ende der amerikanischen Erholungsperiode warnen lässt.

Die Kolonialwarenmärkte führen ein Sonderleben. Die Lage am Kaffeemarkt hängt davon ab, ob Brasilien den Markt weiter manipulieren kann oder nicht. Zur Zeit muss man sagen: nicht; denn der brasilianischen Regierung fehlt es an Geld dazu. Der Zuckermarkt wird von den Aussichten des Chadbourneplanes bestimmt. Der Plan, der u.a. eine Ausfuhrkontingentierung vorsieht, ist zunächst mal zustande gekommen. In den verschiedenen Ländern sind auch entsprechende Gesetze erlassen worden. Ob das schon auf den Markt gewirkt hat, ist zweifelhaft, da nämlich die Ernte erst in einigen Monaten hereinkommt und der Markt sich leicht manipulieren lässt.

Auf den Gummipreis, der auf einen Bruchteil des Friedenspreises gesunken ist, drücken der schlechte Geschäftsgang in der amerikanischen Autoindustrie und die Beobachtung, dass die erwarteten Zapfeinschränkungen auffallend gering geblieben sind.

SPD. Der durchschnittliche Wochenumsatz im Zentralverband deutscher Konsumvereine wird für den Monat März 1931 mit 7,40 Mark angegeben gegenüber 7,16 Mark im Monat Februar. Die Besserung erklärt sich wohl dadurch, dass dieses Mal in den Monat März das Osterfest mit seinem grösseren Bedarf fiel. Trotzdem liegt der Durchschnittsumsatz verhältnismässig tief. (März 1930 = 8,76, März 1929 = 9,58, März 1928 = 8,10). Der Durchschnittsumsatz im März 1931 bleibt um etwa 15,5 % hinter dem vorjährigen Umsatz zurück. Berücksichtigt man, dass der Märzumsatz durch die Osterfeiertage günstig beeinflusst wurde, dann kann man von einer Abschwächung des im Februar festzustellenden Umsatzrückganges von 19 % leider nicht sprechen.

SPD. Die Reichsregierung hat auf dem Verordnungswege eine Mindestbanderole für steuerbegünstigten Feinschnitt in Höhe von 10 Mark eingeführt. Die frühere Mindestbanderole von 8 Mark ist durch die Notverordnung in Fortfall gekommen. Dadurch war es möglich, in steuerbegünstigtem Feinschnitt, der im Interesse des deutschen Tabakbaus 50 % deutschen Tabak enthalten muss, wieder preiswerte Marken herauszubringen, womit es jetzt zu Ende ist. Weiter wird die Schnittbreite für steuerbegünstigten Feinschnitt auf 1 mm festgesetzt (früher 0,4 bis 0,5 mm).

Gegen diese Massnahmen wendet sich der Deutsche Tabakarbeiterverband. Er verweist darauf, dass es ungerecht ist, für steuerbegünstigte Feinschnittfabrikate, die 50 % inländischen Tabak enthalten müssen und durch den Zoll nicht in gleicher Weise wie Krullschnitt belastet werden, einen Mindestpreis von 10 Mark festzusetzen, während Krullschnittfabrikate, die aus rein überseeischem Tabak hergestellt werden und den Zollsatz von 1,80 Mark pro Kilogramm zu tragen haben, zum Preise von 8 Mark je Kilogramm produziert und mit annehmbarem Verdienst verkauft werden können. Durch derartige Preisfestsetzungen werde der Konsum steuerbegünstigten Feinschnitts gedrosselt. Die Folge davon wäre verringerte Arbeitsmöglichkeit, die sich in Arbeiterentlassungen auswirken wird, und eine Verminderung des Steueraufkommens. Die Erhöhung der Schnittpreise für steuerbegünstigten Feinschnitt müsse dazu führen, dass der Konsum erheblich nachlässt und grosse Mengen inländischen Tabaks unverkäuflich werden.

SPD. Schon seit Jahren ist ein Streit über die Verwaltungskostenbeiträge, die die Hypothekenbanken aus der Aufwertung berechnen dürfen, im Gange. Die Sachlage ist die, dass die Hypothekenbanken aus der Aufwertung der Hypotheken bezw. der Pfandbriefe keinen Gewinn erzielen dürfen, aber berechtigt sind, Verwaltungskostenbeiträge zu erheben, um die die den Pfandbriefgläubigern zufliessenden Teilungsmassen verkürzt werden. Nun gab ihnen die Durchführungsverordnung des Aufwertungsgesetzes das Recht, den Verwaltungskostenbeitrag auf 8 % festzusetzen und von diesem Recht haben die Hypothekenbanken auch Gebrauch gemacht.

Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten der Hypothekenbanken wesentlich niedriger sein müssen. So weist Reichsgerichtsrat Zeiler, ein hervorragender Sachverständiger auf diesem Gebiet, darauf hin, dass nicht nur die öffentlichen Sparkassen, sondern auch die Lebensversicherungsgesellschaften mit wesentlich niedrigeren Verwaltungskosten (von 3/4 bis 3 %) auskommen. Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, dass die Hypothekenbanken die Ermächtigung, die ihnen die Durchführungsverordnung gegeben hat, dazu missbraucht haben, um über ihre tatsächlichen Unkosten hinaus erhebliche Sondergewinne einzustecken.

Ueber die Grösse der Sondergewinne der Hypothekenbanken aus der Aufwertung wird man sich ein Bild machen können, wenn man bedenkt, dass der aufgewertete Betrag an Hypotheken, die allein von den privaten Hypothekenbanken gewährt wurden, rund 1750 Millionen betrug. Nehmen wir an - und es ist dies auf Grund der Angaben von Zeiler zweifellos eher unter- als überschätzt -, dass mit einem Verwaltungskostenbeitrag von durchschnittlich 3 % die Verwaltungskosten der Hypothekenbanken gedeckt worden wären, so errechnen sich die Sondergewinne der privaten Hypothekenbanken auf mehr als 80 Millionen Mark. Das ist ungefähr 1/4 ihres Aktienkapitals! Um diese Millionenbeträge sind also die Aufwertungsgläubiger, die ohnehin schon den grössten Teil ihres Vermögens eingebüsst haben, zugunsten der Hypothekenbanken geschädigt worden.

Gewiss ein interessanter Beitrag zum Kapitel kapitalistische Misswirtschaft.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats April auf 137,2 gegen 137,7 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 0,4 v.H. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,3 v.H. auf 129,2, für Wohnung um 0,2 v.H. auf 131,6, für Heizung und Beleuchtung um 0,7 v.H. auf 149,3, für Bekleidung um 0,6 v.H. auf 141,6, für sonstigen Bedarf um 0,2 v.H. auf 185,1. In der Gruppe Ernährung sind die Preisrückgänge für Eier, Milch und Butter sowie für Fleischwaren durch das Anziehen der Preise für Gemüse, Kartoffeln und Brot zum Teil ausgeglichen worden. Die Wohnungsmiete hat infolge von Veränderungen in den Zuschlägen zur Grundvermögenssteuer in einzelnen Gemeinden im Reichsdurchschnitt etwas nachgegeben. In der Indexziffer für Heizung und Beleuchtung haben sich die Sommerrabatte für Heizstoffe ausgewirkt."

\+ + +

Die vom Reichsstatistischen Amt für den Monat April herausgerechnete Ermässigung des Teuerungsindex bedeutet keine Verbilligung der Lebenshaltung. Darüber muss man sich gerade jetzt klar werden, wo es um die Verbilligung des Brotpreises geht und das Reichsernährungsministerium der Oeffentlichkeit die Verteuerung von Hülsenfrüchten, Schmalz, Speck usw. durch eine unnötige Zollmacherei zumutet.

Der Lebenshaltungsindex ist rechnungsmässig allerdings im Monat April um

0,4 % gefallen. Vergleicht man die Ermässigungen des Index mit den Vormonaten, dann müssen wir leider feststellen, dass sich der Rückgang von Monat zu Monat verkleinert. Die Ermässigung machte im März gegenüber dem Februar noch 0,8 % aus. Sie ist im April gegenüber März auf 0,4 % gesunken.

Bedenklicher erscheint die Zukunft und die Auswirkung der ganzen Preissenkungsaktion, wenn man den wichtigen Ernährungsindex näher ins Auge fasst. Der Ernährungsindex hat sich im März gegenüber dem Februar nicht weniger als um 1,1 % (von 131 auf 129,6)gesenkt; die Senkung im April gegenüber März beträgt nur 0,3 %. Hier trittdie Verlangsamung des ganzen Prozesses noch deutlicher in Erscheinung. In der Praxis dürften die Dinge so liegen, dass die Verteuerungen die Verbilligungen schon überwiegen. Die gegenwärtige Jahreszeit bedingt eine Verbilligung für Butter, Milch und Eier. Soweit diese Verbilligung nicht durch Preisabmachungen (wie bei der Milch) gehemmt wird und in Erscheinung getreten ist, wird sie durch Verteuerung der Preise für Gemüse, Kartoffeln und Brot zum Teil ausgeglichen. Gerade das Brot dürfte bei seiner Bedeutung für den Arbeiterhaushalt eine Verteuerung der Lebenshaltung gebracht haben. Gelingt es der Regierung nicht, die Brotpreiserhöhungen, die sich im April wohl in den meisten deutschen Städten durchgesetzt haben, rückgängig zu machen, dann wird es wohl mit dem Absinken des Ernährungsindex vorbei sein. Dann werden wir demnächst erleben, dass sich der Lebenshaltungsindex aufwärts entwickelt. Ganz bestimmt tritt das ein, wenn Schiele die Erhöhung des Butterzolls um fast das Doppelte durchsetzt, und anscheinend hat Schiele auf diesen Torpedo gegen die Preissenkungsaktion nicht verzichtet. Er hält ihn in Reserve, um sicherlich bei gelegener Zeit loszuschiessen.

Auch der Bekleidungsindex dürfte steigende Tendenz zeigen, wenn die Manie der Textilfabrikanten, die sich eben zeigenden Belebungen in der Textilindustrie zu Preiserhöhungen auszunutzen, um sich greift. Andererseits ist dieses Mal der ganze Index durch den Heizungs- und Beleuchtungsindex beeinflusst worden, der um 0,7 %, von 150,3 auf 149,3 zurückgegangen ist. Hier wirken sich die billigeren Sommerpreise für Heizstoffe aus. Immerhin beträgt hier die Senkung 0,7 % gegenüber einer Senkung von 0,4 % im Gesamtindex. Die billigeren Heizstoffe kann man aber nur im Sommer (Sommerrabatte) kaufen. Mit dem beginnenden Winter treten die höheren Kohlenpreise wieder in Kraft, woraus zu folgern ist, dass die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Senkung des Gesamtindex keine echte Senkung ist. Man kann heute schon sagen, die Experimente des Ernährungsministers und die unentschlossene und zögernde Haltung der Regierung in der Brotverbilligungsfrage hat die Ermässigung des Lebenshaltungsindex gestoppt. Dagegen zeigt die Wirtschaft keine derartige Belebung, die ein Abstoppen der Preissenkung rechtfertigen könnte. Die Bewegung des Lebenshaltungsindex ist äusserst bedenklich und sicherlich ein Warnungssignal, das die Regierung beachten sollte.

SPD. Vor dem Landgericht I in Berlin wurde am Donnerstag der sogenannte Gefrierfleischprozess verhandelt. Es handelt sich dabei um einen Millionenprozess und zwar klagen der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, der Reichsverband des Deutschen Einfuhr- und Grosshandels mit Gefrierfleisch und der Verband Deutscher Kühlhäuser gegen das Reichsernährungsministerium. Eingeklagt wird zunächst ein Teilbetrag von 300 000 Mark. Die Forderungen gehen jedoch in die Millionen.

Rechtsanwalt Dr. Alsberg führte als Vertreter der klagenden Verbände aus, dass das Reich durch Verordnung vom 2. November 1923 Erleichterungen in der Einfuhr von Gefrierfleisch bis zum 31. Dezember 1933 zugesichert habe. Die Kläger hätten grosse Summen für die Anlage von Kühlhäusern, Bau von Kühlschiffen, für die Gefrierfleischpropaganda usw. aufgewandt, in der Hoffnung, dass die Erleichterungen für einen Zeitraum von 10 Jahren gelten. Die Verordnung vom No-

vember 1923 sei aber bald durch Verminderung des zollfreien Gefrierfleischkontingents durchlöchert und schliesslich, im Zusammenhang mit der schutzzöllnerischen Wendung in der deutschen Agrarpolitik, ganz aufgehoben worden. Dadurch sei den Klägern ein Schaden erwachsen, der sich nach Millionen beziffere. Der Anspruch der Kläger stütze sich darauf, dass sich der Gesetzgeber verpflichtet habe, das Gesetz zumindesten bis 1933 in Kraft zu lassen. Es liegt also eine "Selbstbindung des Gesetzgebers" vor und der Reichsernährungsminister habe sich durch Aufhebung der Verordnung einer "Amtspflichtverletzung" schuldig gemacht.

Demgegenüber erwähnte der Vertreter des Reichsernährungsministers, Dr. Heinitz, dass Amtspflichtverletzung und Selbstbindung nicht vorlägen. Selbst wenn Selbstbindung vorläge, müssten die besonderen Interessen gegenüber den "höheren Interessen" - und die höheren Interessen seien die Interessen der deutschen Landwirtschaft - zurücktreten. Das habe das von den Klägern beigebrachte Gutachten selbst betont.

Das Urteil wird am 7. Mai verkündet.

SPD. Die Reichsregierung hat nach langem Zögern den Wünschen, etwas für die Verbilligung der Schweinemast zu tun, nachgegeben. Bisher wurde an Schweinemäster 1 Doppelzentner zollverbilligte Gerste (der Zoll senkt sich bei dieser Art von Gerste von 18 auf 6 Mark) abgegeben, wenn 1 Doppelzentner Kartoffelflocken gekauft wurde. Nach den neuen Verkaufsbedingungen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft werden bei Einkauf von 1 Doppelzentner Kartoffelflocken in Zukunft 2 Doppelzentner Gerste zollverbilligt.

Amtliche Eiernotierungen.

(30. April)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm $8\frac{3}{4}$, über 60 g $7\frac{1}{2}$, über 53 g 7, über 48 g $6\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslandseier: Dänen 18er $8\frac{1}{2}$, 17er $8\frac{1}{4}$, $15\frac{1}{2}$-16er $7\frac{3}{4}$, Holländer 68 g $8\frac{3}{4}$ 9. 60-62 g 8-$8\frac{1}{2}$, Litauer grosse 7, normale $6\frac{1}{2}$, Rumänen, Ungarn, Jugoslawen $6\frac{1}{2}$-$6\frac{3}{4}$. Russen normale 6 -$6\frac{1}{2}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier $5\frac{3}{4}$ - 6. Witterung: Veränderung, Tendenz: behauptet.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 30. April: I. 125 Mark, II. 117 Mark, III. 103 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert.)

Börse reagiert auf ungenügende Zollermässigungen.

(Berliner Getreidebörse vom 30.April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Donnerstag wieder ein vollkommener Umschwung der Weizentendenz ein. Da man jetzt annimmt, dass die Ermässigung der Weizenzollermässigung nicht in dem am Mittwoch behaupteten Umfang erfolgt, gingen die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte um 3 bis 4 Mark in die Höhe. Auch für das wenige angebotene prompte Material zeigte sich bessere Kauflust. Die Umsätze erfolgten auf Basis der letzten Notierungen. Roggen konnte sowohl am Markt der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit prompter Ware leichte Preisgewinne erzielen. Das Angebot blieb gering, die Kauflust der Mühlen hielt an. Roggenmehl hatte laufendes Bedarfsgeschäft bei kaum veränderten Preisen, während Weizenmehl vernachlässigt blieb. Das Haferangebot war nicht gross. Die Preise waren leicht befestigt.

	29.April	30.April
	(ab märkische Station i.Mark)	
Weizen	-	280 - 284
Roggen	196 - 198	196 - 198
Futter= und Industriegerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	185 - 189	185 - 189
Weizenmehl	34,00 - 40,00	34,00 - 40,00
Roggenmehl	26,75 - 29,10	26,75 - 29,10
Weizenkleie	14,00 - 14,25	14,00 - 14,25
Roggenkleie	14,50 - 14,75	14,50 - 14,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 296 (Vortag 293), Juli 296½ (292½), September 249-250 (247), Roggen Mai 204¾-205 (204½), Juli 201½ bis 202¼ (200¼), September 190-191 (189½). Hafer Mai 196-196½ (196), Juli 203-203¾ (202½), September 181½ (181).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 30.April bis 7.Mai: für A=Milch 17,1 Pfennige, für B=Milch 10,6, für tiefgekühlte Milch 17,6, für molkereimässig bearbeitete Milch 18,85 Pfennige. Die A=Milchmenge ist auf 95 % des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,oo, Rote 2,00 bis 2,30, Odenwälder Blaue 2,10 bis 2,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,90 bis 3,30 Mark. Fabrikkartoffeln 8½ bis 9 Pfennige je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S•P•D

Nr. 33. Berlin, den 30.April 1931.

Das "hörstumme Kind".[x]

SPD. Die Allgemeinheit hat ein gewisses Interesse an allen Dingen, die ausserhalb des Normalen liegen; doch wenn man ein wenig nachforscht, wieviel Kenntnis von den Dingen sich hinter dem Interesse für sie verbirgt, so findet man diese Kenntnis oft nur gering und von wenig Verständnis getragen. Wie oft werden Kinder, denen diese und jene Fähigkeit fehlt, zusammengeworfen zu einer Gruppe, mitgezählt zu dem grossen Haufen der "Schwachsinnigen", oder wie man sich sonst mehr oder weniger liebevoll auszudrücken pflegt.

Diese kurzen Worte der Einleitung sind besonders notwendig, um Verständnis zu erlangen für jenen Typus des anormalen Kindes, den man als "hörstumm" zu bezeichnen pflegt. Es ist gar kein so seltener Fall, dass man diese Kinder aus der geringen Kenntnis ihres "Krankheitsbildes" in Irrenanstalten oder anderen abgeschlossenen Heimen untergebracht hat. Die Bezeichnung "hörstumm ist ohne Frage entstanden, um die Gegenüberstellung zum "taubstummen" Kinde recht deutlich zu machen. Lässt sich die Stummheit, d.h. die Sprachlosigkeit des taubstummen Kindes ohne weiteres dadurch erklären, dass das Gehör fehlt, so steht man dem "hörstummen" Kinde ziemlich ratlos gegenüber. Das Gehör, so stellen die besorgten Eltern fest, scheint in Ordnung zu sein. Wenn die Türe zuschlägt, wenn ein Hund bellt, ja, wenn die Mutter das Kind ruft, so merken die Kinder auf, reagieren darauf; nur vermag das Kind nicht, auch wenn es älter wird, sich irgendwie sprachlich mit seiner Umwelt zu verständigen. Damit es seine geringen Bedürfnisse der Umwelt mitteilen kann, bedient es sich der Zeichen; es deutet auf die Dinge hin, die es haben möchte. Allmählich, im Laufe der Jahre, stellen sich vielleicht ein paar kümmerliche Worte ein; das Kind vermag "Mama" und "Papa", "Brot" und "Puppe" zu sagen, und diese Worte meistens noch undeutlich, kaum für einen anderen als die Mutter verständlich. Im ersten Lebensjahre, vielleicht auch noch im zweiten, macht sich die Mutter keine grosse Sorge; es gibt ja so viele Kinder, bei denen die Spracherlernung sich langsamer vollzieht als bei den meisten anderen Kindern. Aber das dritte, vierte, fünfte Lebensjahr wird erreicht, und noch immer zeigt sich keine Zunahme des Sprachschatzes - gewiss ist das Kind "idiotisch", so meinen die Nachbarn, und auch die Mutter glaubt es bald. Auch das Sprachverständnis ist äusserst gering Wohl versteht das Kind ein paar ganz einfache Sätze, wie "Komm doch mal her!", "Gib mir deine Puppe!", "Wo ist dein Ball?", aber alle diese Sätze beziehen sich auf sehr primitive Bedürfnisse des Kindes; es vermag nicht, wie andere Kinder seines Alters, einem Märchen zu lauschen oder von der Mutter sich erzählen zu lassen, dass es am nächsten Tage Geburtstag hat.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass es verschiedene Arten des "hörstummen" Kindes gibt: bei dem einen Kinde ist das Sprachverständnis ganz gut ausgebildet; es versteht verhältnismässig gut, was die Mutter von ihm verlangt; nur ist seine Sprachfertigkeit minimal entwickelt - wieder ein anderes plappert eine ganze Menge von Worten, nur reagiert es kaum darauf, was die Mutter oder andere Kinder zu ihm sagen.

Erscheinen alle diese Fälle nicht völlig hoffnungslos? Lohnt es sich überhaupt, diese Kinder unterrichtlich zu fördern? Gibt es Unterrichtseinrichtungen, die sich dieser Kinder annehmen? Diese Fragen können wohl zu Recht gestellt werden, aber auch mit Recht kann auf sie geantwortet werden, dass bis-

her recht gute Erfahrungen mit diesen Kindern gemacht worden sind. Unterrichtsanstalten, die sich speziell dieser Kinder annehmen, gibt es bisher noch nicht, auch würde sich eine Einrichtung dieser Art wegen der geringen vorkommenden Fälle nicht lohnen. Deshalb bleibt die Taubstummenanstalt immer noch die zweckentsprechendste Bildungseinrichtung für diese Kinder. Notwendig aber erscheint es in jedem Falle, dass der unterrichtlichen Behandlung eine ärztliche vorangeht. Die Erforschung des Drüsensystems ist heute schon so weit vorgeschritten, dass eine Behandlung mit Drüsenpräparaten oft erstaunliche Erfolge hat. Auf dieser Basis der ärztlichen Behandlung können dann die Bemühungen des Pädagogen einsetzen. Der Weg der Sprachbildung ist sehr mühevoll, aber bei den meisten der Kinder wird doch das Ziel erreicht, dass sie in lautsprachlichen Verkehr mit ihrer Umwelt treten und damit zu innerem Leben erweckt werden können.

Arthur Hennig.

Rosa Luxemburg.[x]

(Zu ihrem 60.Geburtstag am 5.Mai.)

SPD. In welchen Unflat haben durch Jahrzehnte die Schmocks der kapitalistischen Welt gegriffen, um nach dieser ungewöhnlichen Frau zu werfen; selbst wer nicht so viel Grips hatte, als ein Spatz auf dem Schwanze fortzutragen vermag, zu einem billigen Witz über die "blutige Rosa" reichte es immer noch. Dabei war nie ein Bild wweiter von seinem Zerrbild entfernt als das ihre. Mit den "Tricoteusen" der Pariser Schreckensherrschaft von 1794, die strickend um die Guillotine sassen und jeden fallenden Kopf mit Beifall begrüssten, hatte die kühne Vorkämpferin der Arbeiterklasse gar nichts gemein, und einem rauhen Mannweibe glich sie schon gar nicht.

Im Gegenteil war Rosa Luxemburg im Privaten sehr weiblich - wie weiblich, das erfuhren jene, die nicht das Glück ihres vertrauten Umgangs genossen, erst aus den Briefen an Freunde und Freundinnen, die nach ihrem Tode veröffentlicht wurden. Sie hatte starken Sinn für eine behagliche Häuslichkeit, scheute vor Anfertigung von Sofakissen und Deckchen keineswegs zurück, und die gleiche Hand die "Die Akkumulation des Kapitals", eins der scharfsinnigsten Werke der marxistischen Wissenschaft, niederschrieb, war stolz darauf, zu gegebener Zeit "grüne Bohnen auf Pariser Art" wohlschmeckend zubereiten zu können. Aber es hat auch selten ein ähnlich beschwingter Mensch das Mitgliedsbuch der deutschen Sozialdemokratie in der Tasche getragen. Die Musik, die Dichtung, die bildende Kunst waren drei Himmel, in denen sich Rosa Luxemburg ganz zu Hause fühlte, und erst recht sprach die Natur mit tausend vertrauten Stimmen zu ihr. Eine rosig dahinsegelnde Wolke machte ihr das Leben lebenswerter; unter grünen Bäumen kam sie sich oft weniger einsam vor als unter schwatzenden Menschen; das Wort ihres grimmen Antipoden Bismarck: "Am wohlsten fühle ich mich nur in Schmierstiefeln, am wohlsten fühle ich mich, wo man nur den Specht hört", dämmert bei ihrem Bekenntnis auf, dass sie im Feld unter Hummeln und Gras viel mehr in ihrer Heimat sei als auf einem Parteitag. Tiere und Blumen liebte sie mit einer verstehenden Zärtlichkeit, als sei sie ein lebendiger Teil von ihnen. Ihrem Kaninchen Puck und ihrer Katze Mimi gehörte ihre ganze Neigung; als sie vom unvermeidlichen Aussterben der Singvögel in Deutschland vernahm, feuchtete es ihr den Blick, und nichts ist erschütternder zu lesen, als wie sie während des Krieges im Breslauer Gefängnis der gemeinen Misshandlung eines rumänischen Zugbüffels durch einen Viechskerl von Soldaten zuschauen muss und ohnmächtig und verzweifelt ob der Schändung der wehrlosen Kreatur aufschluchzt. Und immer erweiterte sie den Kreis der Interessen, von denen sie sich mit Haut und Haar fressen liess. In ihrem letzten Lebensjahre vertiefte sie sich mit fieberhafter Eindringlichkeit und leidenschaftlicher Befriedigung in die Geologie, die ihr "eine so einheitliche, allumfassende Vorstellung von der Natur" vermittel-

te wie keine andere Wissenschaft.

Dieses ihr "inneres Verwachsen mit der organischen Natur", wie sie es einmal nennt, dieses geradezu Goethesche Verwurzeltsein mit dem All war die Entschädigung des Geschicks dafür, dass Rosa Luxemburg auf Erden keine rechte Heimat besass. Am 5.Mai 1871 in Zamosc in Russisch-Polen geboren und in Warschau aufgewachsen, konnte sie, als doppelt Unterdrückte und Entrechtete, als Jüdin und Polin, das zaristische Russland nicht als ihr Vaterland betrachten; ihm galt nur ihr Hass und ihr Kampf. Als sie nach Abschluss ihrer Züricher nationalökonomischen Studien und nach unterirdischer sozialistischer Tätigkeit in Polen Wirkens halber nach Deutschland kam, hoffte sie sie denn in der deutschen Sozialdemokratie ihre Heimat zu finden. Ihre glühende Hingabe an die Sache, ihre messerscharfe Logik, ihre stürmische Beredsamkeit sicherten ihr bald in der Bewegung einen ersten Platz; als Mitarbeiterin der "Neuen Zeit", als Verfasserin von Broschüren und nicht zuletzt als Lehrerin an der Parteischule streute sie reiche Saat aus, und wie wusste dieses kleine, unscheinbare Persönchen mit dem auf den ersten Blick hässlichen, welken Gesichte die Hörer einer Massenversammlung mitzureissen!

Aber sie war eine sehr unbequeme, ungemütliche, stachlige Parteigenossin. Unter den ersten verstand sie auf Grund marxistischer Erkenntnis die Triebkräfte des modernen Imperialismus zu durchschauen und die Katastrophe vorauszusehen in die er die Welt schleudern würde; doch da sie an den Fehlern ihrer Tugenden litt und revolutionäre Ungeduld ihr im Blut brannte, bewertete sie die ruhige, entschlossene Aufbauarbeit der deutschen Partei nicht immer gerecht. Als vollends 1905 die russische Revolution losbrach, zu der sie herbeieilte, um nachher mühsam aus den Kerkern der Gegenrevolution befreit zu werden, sah sie, ein Feuerbrand, die ganze Welt im revolutionären Feuer auflodern. Jetzt galt es, die Massen, möglichst auch die unorganisierten, für den Endkampf aufzustürmen. Organisation? Gewerkschaften? Genossenschaften? Sich in erster Reihe daran zu hängen, war für die Glühende verächtliche Kleingeisterei. Massenstreik! Gewaltsamer Umsturz der alten Ordnung! hiess ihre Losung, und in diesem Zeichen führte sie auf Parteitagen und in der Presse gegen "Revisionisten" und "Nurgewerkschaftler" eine Klinge, dass die Funken stoben.

Weil sie auch fürder Deutschland mit Russland verwechselte, fehlte ihr jedes, auch jedes historische Verständnis für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie am 4.August 1914; die Bewilligung der Kriegskredite brachte sie dem Wahnsinn, ja, dem Selbstmord nahe. Da sie während des Weltkrieges nicht weniger als dreieindrittel Jahre im Gefängnis, erst in Straf-, dann in Schutzhaft, sass empfing sie in einsamer Zelle die Kunde von der bolschewistischen Revolution in Russland. Erst jubelte ihr revolutionäres Temperament hell auf, obwohl es der marxistischen Lehre widersprach, dass das wirtschaftlich rückständigste Land Europas zum Probierlande des Sozialismus ausersehen sein sollte, aber bald nach den ersten Experimenten der neuen Petersburger Machthaber, sprang ihr stets auf der Lauer liegendes kritisches Vermögen angriffsbereit auf. Was sie damals, 1918, zu Papier brachte: über die Beseitigung der Demokratie durch Lenin und Trotzki, über die politische Entrechtung breiter Gesellschaftsschichten, über die Abdrosselung des ganzen öffentlichen Lebens, über die demoralisierende Wirkung der Schreckensherrschaft, über die angebliche Diktatur des Proletariats, die in Wirklichkeit die Diktatur einer Handvoll Politiker sei, das verrät wahrhaft prophetischen Blick und bricht unbarmherzig den Stab über die heute in Sowjetrussland beliebten Methoden.

Die Novemberrevolution, die ihre Kerkertür sprengte, schien Rosa Luxemburg freilich ein einziger grosser Humbug zu sein. Nur im rücksichtslosen "Weitertreiben der Revolution" sah sie das Gebot der Stunde und kam so vom Spartakusbunde zur Gründung der Kommunistischen Partei und zur Herausgabe der "Roten Fahne". Aber von Anbeginn trennte ihre tiefere Einsicht in das Wesen der Dinge sie von den wilden Männern um sie herum, auch von dem weit stureren Karl Liebknecht, und der wahnwitzige Putsch der "revolutionären Obleute" im Januar 1919

war, ob sie auch nicht öffentlich von ihm abrückte, ganz und gar nicht nach ihrem Sinne. Als Opfer dieser Unruhen fiel sie. Verraten und bei Freunden aufgestöbert, wurde sie in das Edenhotel, das Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, gebracht. Dort geboten Edelinge im Offiziersrock, in deren stumpfen Hirnen sich die oft vernommenen "Spässe" über die "blutige Rosa" zu der Vorstellung verdichteten, es sei ein Verdienst ums Vaterland, die "Galizierin" um die Ecke zu bringen. So schlugen und schossen, am 15. Januar 1919, nationalistisch verseuchte Halbtiere die selbstloseste Freundin der Menschheit tot und warfen, die Spur ihres Verbrechens zu verwischen, den Leichnam in den Landwehrkanal.

Doch so grausam und sinnlos dieser Opfertod erscheint, er bewahrte Rosa Luxemburg vor dem bitteren Schicksal, nach dem Kriege erst recht politisch heimatlos zu sein. Zur masslos verachteten Sozialdemokratie hätte für sie kein Weg zurückgeführt, und der Frage, ob dieser von Geist und Willen funkelnde Mensch in der Kommunistischen Partei auf die Dauer die rechte Stätte seines Wirkens gefunden hätte, nimmt ein Blick auf die hoffnungslose Gefolgschaft Thälmanns den Charakter der Frage.

Hermann Wendel.

Maiglöckchen.[x]

SPD. An einem hellen, warmen Maitage hielt Heinrich Hartmann es nicht mehr aus in der lauten Stadt. Er rechnete nach. Seit 1914 war ihm die Heimat nichts mehr gewesen. Die wechselnden Erlebnisse, die reichen, grossen Begebenheiten der Weltstadt hatten seinen Blick in die Weite gerichtet. Nun war ein Klang aus der Tiefe seiner Erinnerung heraufgeweht, der ihn nicht mehr los liess: das Raunen des Frühlingswindes in lichtgrünen Bäumen, Lerchensang über sonnigen Feldern. Der Heimatwald mit seinen einsamen Lichtungen und geheimnisvollen Tümpeln stand lebendig vor ihm, als habe er ihn erst vor wenigen Tagen durchstreift.

Früh am Sonntag fuhr Heinrich Hartmann hinaus!

In feiertäglicher Morgenstille lag der Ort. Klein und verkrochen sah alles aus und unberührt, als sei nie eine Not über das Fleckchen Erde gekommen. Irgendwo läutete die Glocke des Milchwagens, drüben vor einem Scheunentor kläffte ein struppiger Köter eine fauchende Katze an, neben dem Bahnhofsgebäude führte eben eine Glucke ihre Küchlein in den Hof. Am Gitter stand der Stationsvorsteher mit geöffnetem Dienstrock. Laut sprach er mit einem Nachbarn.

Heinrich Hartmann hatte kein Verlangen, durch den Ort zu streifen. Zum Walde zog es ihn hin. Den gleichen Weg schlug er ein, den er als Junge so oft gegangen war, den Wiesensteig entlang, ein Ende neben dem hingleitenden Silber der Au, dann durch ein Tannenwäldchen auf das freie Feld. Er atmete tief und erregt. Ein Geruch wehte von den nahen Wiesen herüber, der schulfreie Sonnennachmittage vor ihn hin zauberte und ihn wieder mittenhinein stellte in die hellen Grasweiten. Da gab es keinen Pfad mehr für ihn. Quer über die Weiden, durch Gebüsch und an schattigen Wällen entlang ging er dorthin, wo die Koppeln zur Wiese jäh abfielen oder sanft hinabstiegen. Ja, da war er ja noch, der breite Staugraben! Heinrich Hartmann nahm einen kurzen Anlauf und sprang. Patsch! sass er mit einem Bein bis fast zur Hüfte im Schlamm. Donnerwetter! Er besah sich den Schaden. Alles war mit rostbraunem Schlamm beschmiert. Ein bitteres Lächeln glitt über sein Gesicht, Ja, er war kein Junge mehr.

In der nahen Au wusch er sein Zeug aus. Dann verkroch er sich in einem sonnigen Hang, um es dort von der Sonne trocknen zu lassen. Lange lag er träumend. Da sah er, dass er sich auf einem schier endlosen Rasen voller Lilien befand. Wenn ein Windhauch darüber hinweg strich, bewegte sich die dunkelgrüne Fläche in kleinen Wellen, und mit den eilenden Wellen huschte im Sonnenflim-

mern ein Blätterglanz dahin.

Heinrich Hartmann betrachtete die Stauden rechts und links. Kein Maiglöckchen war zu sehen. Ein paar Schritte tat er hierhin, dorthin. Nein, an dieser Stelle gab es keine. Und plötzlich fiel ihm ein: Drüben am Waldrande gab es Maiglöckchen in Hülle und Fülle.

Er zog sich an und ging. Vorjähriges Laub raschelte unter seinen Füssen. Ein paar Schlangen, die sich gesonnt hatten, krochen träge davon, als er sie betrachten wollte. Dann stand er vor einem hohen, weitmaschigen Drahtgitter. So weit im Walde zu sehen war, zog es sich hin. Wozu das Gitter? Ein Wildgehege? Wie einen Fremdkörper im eigenen Leibe spürte er das. Er fand keine Erklärung und dachte dann nicht mehr darüber nach. Rechts hinüber ging die Einfriedigung. Also ging er nach links, umvon der Wiese her hineinzugelangen. Wie ein reichgegliederter See war die Wiese, mal eng eingebettet, mal weit ausladend bis tief in den Wald. Er kannte hier jeden Winkel und war bald dort, wo er Maiglöckchen in Menge wusste. Er traf es gut. Fast jede Staude blühte. Wie Perlen lugten die Glöckchen unter den riesigen Blättern hervor. Der milde, süsse Geruch ging ins Blut.

Heinrich Hartmann pflückte und träumte. Er merkte garnicht, dass ein Mann sich ihm näherte. In Hemdärmeln war der, hatte Ledergamaschen und starke Schnürstiefel an. In geringem Abstande folgte ihm ein zierliches Mädchen von etwa sieben Jahren. Einen Strauss von Maiglöckchen hatte es in der Hand. Sein weisses Kleid leuchtete zwischen den Baumstämmen; braun waren Arme und Beine. Aus grossen, blauen Augen guckte es in den Tag.

Heinrich Hartmann richtete sich auf. "Was fällt Ihnen denn ein, Sie!" wurd er angefahren. Auge in Auge standen sich die Männer nun gegenüber. Sie massen einander mit schnellem Blick. "Lassen Sie mich in Ruhe!" sagte Hartmann, ging einige Schritte fort und pflückte weiter. Sofort war der andere bei ihm. "Sie unverschämter Kerl, Sie! Machen Sie, dass Sie fortkommen, mal fix!"

Heinrich Hartmann wurde zornig. Mehr der Ton als die Aufforderung selbst brachte ihn in Erregung. "Sie sollen mich in Ruhe lassen! Verstehen Sie?" Der andere stampfte mit dem Fuss und schnob. Das etwas gedunsene Gesicht wurde fast blau. "Das ist doch....Solche Unverschämtheit ist mir doch noch nicht vorgekommen! Gehen Sie augenblicklich fort, oder..." Er trat einen Schritt vor und hob den Stock. Heinrich Hartmann stand unbeweglich und nahm denMann fest ins Auge. Aber das weisse Kleidchen des Mädels drängte sich in seinen Blick hinein. Furchtsam sah das Mind nach dem erhobenen Stock. "Wer sind Sie?" fragte Hartmann.

"Ich will Ihnen zeigen, wer ich bin, und wie ich meinen Grund und Boden von Spitzbuben rein halte!" Der Mann wandte sich ab und tat einen Pfiff.

Hartmann war feuerrot geworden. Die wenigen Maiglöckchen, die er in der Hand hatte, warf er dem Besitzer des Waldes vor die Füsse. Dann ging er nach der Wiese zu. Ein Hund kam kläffend herbeigesprungen. Der Herr des Waldes musste wohl oder übel den Hund zurückrufen....

Als Heinrich Hartmann glaubte, fremden Boden verlassen zu haben, sah er sich um. Ein langgestrecktes Ziegeldach leuchtete wie eine Flamme aus dem Walde heraus, und nicht weig weg war auch wieder das Drahtgitter. Es war schon so. Der ganze weite Wald war ihm verschlossen. Ja, sogar eine Warnungstafel stand am Wege. Ein Missklang war in Heinrich Hartmann. Er hatte das Gefühl, etwas verloren zu haben. Langsam ging er feldeinwärts.

Da vernahm er einen leichten Schritt und leises Keuchen. Er fuhr herum in dem Glauben, der Hund komme ihm nach. Aber vor ihm stand das kleine Mädchen, frisch und rosig wie ein Wunderkind im Märchen. Vorgestreckt in der feinen Hand hielt es einen Strauss Maiglöckchen.

Den Strauss übersah Heinrich Hartmann. Er hatte nur das Bedürfnis, das Kind an sich zu drücken, die Lieblichkeit mit beiden Armen zu umfassen. Doch er widerstand und sah nach dem Manne aus.

"Bitte!" zwitscherte eine helle Stimme.

Er nahm die Maiglöckchen. "Die schenkst du mir?"
Die Kleine machte einen anmutigen Knicks.
Da hob er doch das Dirnlein hoch empor und küsste es.
Und lange stand er, dem flatternden weissen Kleide nachzuschauen.

Paul Behlau.

Abendliche Regentstreet.[x]

SPD. Die Theater haben begonnen, und endlich verebbt die dahinrasende Autoflut ein wenig. Regent Street, die nobelste Strasse Londons, bekommt ein anderes Gesicht. Nicht etwa, dass weniger Menschen an den strahlend hellen Auslagen vorübergingen als am Nachmittag. Aber ihre Gangart ist eine andere. Sie umsäumen nicht mehr die Bürgersteige, um auf ihren "Bus" aufzuspringen. Die Autobusse sind halb leer. Denn London geht spazieren. Auf der anderen Seite ertönt sogar Gesang. Sechs oder sieben junge Leute scheinen sich als Gesangverein établiert zu haben. Doch nein! Es ist kein Gesangverein. Es sind arbeitslose wallisische Bergarbeiter, die mit den Liedern ihrer Heimat an das Mitgefühl des Londoners appellieren. Aber ein Policeman macht ihren Darbietungen ein jähes Ende.

Das Business ist längst sanft entschlummert. Die Londoner füllen die Kinos die Lyon's Speisehäuser und Konditoreien: aus jedem zweiten Haus ertönt Musik. Doch ein anderer Erwerbszweig entfaltet sich nun, einer, von dem der Engländer nicht gern zum Fremden spricht. Die Londoner Prostitution. In Gruppen von zwei und drei stehen die "Birds" (Vögel) - wie sie der Londoner nennt - an den Ecken der ruhigeren Seitengassen, die ganze ungeheuer lange Regentstreet ohne Unterbrechung. In den geräumigen Untergrundbahnstationen warten sie mit unbeweglichem Lächeln auf Interessenten. Einst war es ihnen aufs strengste verboten, Passanten anzusprechen. Nur ihre Augen waren beredsam. Aber im Frühling des Jahres 1931, des Jahres der grossen Not, haben die männlichen und weiblichen Polizisten der Regentstreet diese Vorschrift vergessen. Manchmal allerdings tritt ein Blauer auf ein Mädel zu und zieht sein Notizbuch. Oft folgt sie ihm auch. Um was handelt es sich? Das Mädel hat seine monatliche Einkommensteuer nicht bezahlt! Denn auch für das sittenstrenge England gilt der Satz: Geld stinkt nicht. Die Prostitution ist in London ein steuerpflichtiges Gewerbe.

Was besagen alle optimistischen Zeitungsartikel gegen das abendliche Gesicht der Regentstreet? "Prostitution in London? Nicht nennenswert!" sagt mir mein durchaus nicht prüder Londoner Freund und geht rasch zu einem anderen Thema über.

Aber Tag für Tag stossen neue Frauen zu der gewaltigen Armee der Londoner Prostitution. Und es ist keine oberflächliche Verallgemeinerung, anzunehmen, dass dem englischen Mädchen ein solcher Entschluss nur durch ein Uebermass der Not abgerungen wird. So manche geht durch die reiche, unendlich reiche Regentstreet, die sie, obwohl Londonerin, nie zuvor betreten hat, und wartet auf das Wunder. Nicht einmal ihre Augen wagen zu sprechen. Die anglosächsische Erziehung steckt ihr im Blute. Vielleicht biegt plötzlich um die Ecke ein reicher Grundbesitzer aus der Provinz, der mit ihr nach Paris fährt, ihr kostbare Toiletten kauft und sie mit einer Fünfzig Pfund-Abfindung aus der Hölle der Regentstreet befreit.

Aber die Männer mit dicken Brieftaschen sind auch auf der abendlichen Regentstreet nicht allzu dicht gesät. Immer häufiger sieht man smokingbekleidete junge Herren in Damengesellschaft zu Fuss nach Hause gehen oder auf den Bus warten. Das Taxi wäre zu teuer.

So wartet das Mädchen aus Gloucester oder Cornwall vergebens auf das Londoner Wunder. Viele Abende und Nächte verdient sie nicht einen Penny. Wie soll sie die Miete für ihr "Flat" beschaffen, die nicht selten vier Guineas und mehr für die Woche beträgt? Und auf der Regentstreet hat man keine Chancen, wenn

man nicht nach der letzten Pariser Mode gekleidet ist. Der Lieferant drängt. Schon zwei Wochenraten sind nicht bezahlt. Bald kommt der Tag, da sie die Regentstreet mit Whitechapel (dem Londoner Elendviertel) vertauschen muss. Dann gibt es auch keinen anglosächsischen Rassenstolz mehr. Auch der Neger, der seine Silbermünze hervorzieht, ist dann ihr Gast.....

"Wollen Sie mit mir kommen?" - "Ich habe mein eigenes separates Zimmer," flüstert es darum den Passanten entgegen. Der Zeiger der kleinen Armbanduhr rückt unerbittlich vor. Soll sie sich in Lyons Cornerhouse, dem "Speisehaus, das immer offen ist", eine Kanne Tee und ein Schinkenbrot gönnen? Nein! Dieser provinzlerisch aussehende Gentleman da hat ihr zugelächelt und ist vor der Auslage stehen geblieben. "Wollen Sie zwei Pfund ausgeben?" Er denkt nicht daran. Zwei Pfund in diesen Zeiten!

Die letzte Vorstellung des mehr als 5000 Menschen fassenden Kinos ist zu Ende. Das ist die letzte grosse Chance. Die Autobusse werden immer spärlicher. Die wenigen Passanten gehen nicht mehr spazieren, sondern eilen nach Hause. Was wird morgen sein?

In einer Seitengasse sind einige Meter des Bürgersteigs mit farbigen Kreidezeichen bedeckt. Eine stellt einen Laib Brot dar. Darunter steht: "Brot ist sehr leicht zu zeichnen, aber sehr schwer zu finden." Daneben liegt eine speckige Mütze und eine Tafel mit der Aufschrift "Vielen Dank!" Die Mütze ist bisher leer geblieben. Nicht ein Halfpenny hat sich hinein verirrt.....

Leo Korten.

SPD. "Das Recht ist gleich einem Spinnegewebe".[x] Das mittelalterliche Stadtrecht von Soest enthält in seiner Gerichtsordnung folgende nicht nur für jene alte Zeit zutreffende Stelle: "Hüte dich, gegen einen Reichen Dein Recht geltend zu machen!" Und weiter heisst es: "Das Recht ist gleich einem Spinnegewebe. Die grossen Fliegen gehen hindurch, die kleinen und schwachen bleiben darin hängen."

Erhalten ist das Soester Stadtrecht in zwei lateinischen Niederschriften, die aus dem 13.Jahrhundert stammen, und einer etwas späteren niederdeutschen. Es erfreute sich besonders hoher Wertschätzung und wurde im 12. und 13.Jahrhundert Vorbild für das Recht der Hansestädte, das dann von Lübeck aus weiter verbreitet und unter dem Namen des "Lübischen Rechts" bekannt wurde. In Soest wurden seinerzeit die Rechtsbestimmungen in jedem Jahre der Stadtgemeinde öffentlich vorgelesen.

SPD. Ein erfolgreiches Frauenbuch. Das meistgelesene deutsche Buch der letzten Monate ist der Kriegsroman "Die Katrin wird Soldat", das Erstlingswerk der jungen Elsässerin Adrienne Thomas. Von dem erst vor fünf Monaten erschienenen Buche liegt heute bereits das 100.Tausend vor.

SPD. Hoffnungslose Liebe.[x] Murger, der Verfasser der "Bohème", verliebte sich einmal und zögerte nicht, seiner Angebeteten das auch zu sagen. "Allerdings", fügte er bitter hinzu, "darf ich ja nicht auf Ihre Gunst rechnen."

"Und warum nicht?" fragte sie.

"Aus drei Gründen. Erstens habe ich kein Geld, zweitens - - - "

"Danke", sagte die Schauspielerin, "die beiden anderen Gründe interessieren mich nicht."

Preußischer Landtag

SPD. Berlin, den 30.April 1931

Der Landtag überweist zunächst ohne Aussprache dem Hauptausschuss einen sozialdemokratischen Urantrag auf Durchführung der Landgewinnungs= und Uferschutzarbeiten an der Nordsee in den Regierungsbezirken Aurich und Schleswig. Eine grosse Zahl von Ausschussanträgen, die sich auf Siedlungs=, Entschädigungs= und Verwaltungsfragen beziehen, wird debattelos angenommen.

Auf Antrag der Deutschnationalen wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Verwirtschaftung öffentlicher Gelder im Wohnungsbau eingesetzt, da mehr als ein Fünftel der Landtagsmitglieder sich für den Antrag erklärt hat. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, der das Aufgabengebiet des Ausschusses erweitern will, wird abgelehnt, dagegen wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Zahl der Ausschussmitglieder von 29 auf 21 vermindert.

Die zweite Beratung des Forstetats wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Bruhn (Komm.) führt Beschwerde über Lohnabbau bei den Forstarbeitern. Abg. Meyer-Hermsdorf (Christl.Soz.Volksdienst) übt gleichfalls Kritik an der Lohnpolitik der Forstverwaltung.

Abg. Kraft (Soz.) ersucht den Minister, mit grösserer Aufmerksamkeit die republikfeindlichen Bestrebungen unter den Oberförstern zu beachten. Die staatstreue Bevölkerung werde dadurch beunruhigt, dass an der Forstakademie die künftigen preussischen Forstbeamten mit Hakenkreuzen herumlaufen. In der Zeit des Gehaltsabbaus bei den kleinen Beamten werde die Sozialdemokratie der Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für die Oberförster nicht zustimmen.

Abg. Gieseler (Dn.) fordert wirksame Holzzölle und klagt über die Notlage der Förster und Oberförster. Der Redner protestiert dann gegen die Entlassung des Oberförsters Bütow-Sorau wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei. Der preussische Ministerpräsident Braun habe doch auch als sozialdemokratischer Parteiredner gesprochen. Das völkische Erwachen des Volkes werde durch solche Drohungen nicht verhindert werden.

Abg. Jacoby-Raffauf (Ztr.) wendet sich gegen die Deutschnationalen, die durch ihren Auszug aus dem Reichstag es selbst verschuldet hätten, dass die Zollwünsche der Land= und Holzwirtschaft nicht durchzusetzen waren.

Abg. Werdes (Landvolk) fordert bessere Berücksichtigung der Interessen der Gemeindeforsten.

Abg. Schmelzer (Ztr.) empfiehlt die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Beratung von Massnahmen zur Hebung der Forstwirtschaft. Dieser Ausschuss sollte gebildet werden aus sachverständigen Abgeordneten, aus Vertretern der Forstwirtschaft und der Regierung.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger betonte dem Abg. Werdes gegenüber, dass die Staatsforstverwaltung in keiner Weise daran denke, durch ihre Konkurrenz die Gemeindeforsten zu schädigen. Der Minister weist dann verschiedene Ausführungen des Abg. Gieseler zurück.

Der Oberlandforstmeister beantwortet dann eine deutschnationale Anfrage wegen der Dienstentlassung des Oberförsters Bütow dahin, dass das Staatsministerium nach der Verfassung keinen Einfluss auf das Dienststrafgericht habe, das wegen der nationalsozialistischen Betätigung des Oberförsters auf Dienstentlassung erkannt habe.

Damit ist die Aussprache beendet. Die Abstimmungen werden teilweise auf den 5.Mai zurückgestellt.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf auf Herabsetzung der Diäten der Landtagsabgeordneten angenommen, nachdem Abg. Leinert (Soz.) darauf hinge=

wiesen hat, dass die in dem Gesetz vorgesehene Diätenkürzung bereits seit dem 1.November 1930 freiwillig durchgeführt sei. In zweiter und dritter Beratung kommt dann das Diätenkürzungsgesetz für den Staatsrat zur Annahme. Die Novelle zum Wohnungsgesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen bis auf die namentliche Schlussabstimmung, die auf den 5.Mai zurückgestellt wird.

Nach Erledigung einiger Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten vertagt sich um 2 3/4 Uhr der Landtag auf Montag, den 4.Mai, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Staatsministeriums.